Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekázanka 15 ◆ Telephon: 26795, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33855 ◆ Postscheckamt: 37544

12. Jahrgang. | Mittwoch, 25. Mai 1932 | Nr. 123.

Energisches Vorgehen gegen Ueberzeitarbeit.

Mit Rücksicht auf die herrschende schwere Wirtschaftskrise und die durch sie hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit hat das Ministerium für soziale Fürsorge den für die Bewilligung von Ueberstundenarbeit zuständigen Organen eine neuerliche Weisung zugehen lassen, sich bei der Erledigung von Gesuchen um Bewilligung von Ueberzeitarbeit die herrschende Arbeitslosigkeit und den dadurch verursachten schweren Notstand der von ihr betroffenen Arbeiterschaft vor Augen zu halten, und hiebei mit größter Rigorosität vorzugehen. Gleichzeitig wurden die genannten Organe angewiesen, in ihrem Bereiche die genaue Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zu überwachen und bei allen eigenmächtigen Arbeitszeitüberschreitungen sofort nach dem Gesetze einzuschreiten.

Keine neuen Vorschriften über Ausländerbeschäftigung.

Durch die hiesige und ausländische Presse geht die Nachricht, daß im Fürsorgeministerium eine gesetzliche Neuregelung der Beschäftigungsbewilligungen an Ausländer vorbereitet wird und in diesem Zusammenhange eine Ermittlung des Standes der bereits erteilten Bewilligungen durchgeführt werden soll.

Diese Nachrichten entbehren jedweder Grundlage, da die bestehenden gesetzlichen Vorschriften und administrativen Maßnahmen vollkommen ausreichen.

Das neue Kleingeld-Gesetz.

Erhöhung des Kleingeldkontingents auf 1200 Millionen.

Prag, 24. Mai. Die Regierung hat heute dem Abgeordnetenhaus den bereits angekündigten Gesetzentwurf über die Neuregelung unseres Kleingeldsystems vorgelegt. Der Entwurf sieht die Prägung neuer Nickelmünzen zu 25 Heller sowie von silbernen 20-Kronenstücken neben den bisherigen Münzsorten vor, die sämtlich unverändert bleiben. Weiters werden die bisherigen Papiernoten zu 10 und 20 Kronen für eine Uebergangszeit, bis nämlich eine genügende Anzahl von 10- und 20-Kronenstücken aus Silber vorhanden sein wird, als Kleingeld erklärt. Das hat zur Folge, daß sie nicht mehr in den unter die Golddeckungspflicht fallenden Notenumlauf eingerechnet werden, wodurch sich der deckungspflichtige Umlauf an größeren Noten entsprechend verringern wird. Gleichzeitig wird der Umlauf des gesamten Kleingeldes auf höchstens 1200 Millionen Kronen festgesetzt.

Ende März 1932 belief sich der tatsächliche Kleingeldumlauf auf 441.9, der Umlauf an 10- und 20-Kronennoten auf 514.1 Millionen Kronen. Gegenüber diesem Stand kann also der Kleingeldumlauf noch um höchstens 243.9 Millionen Kronen vermehrt werden; diese Vermehrung darf jedoch nur nach Maßgabe des wirtschaftlichen Bedarfes (§ 4) erfolgen. Die Prägung aller dieser kleinen Münzen erfolgt ausschließlich auf Rechnung des Staates. Der bisherige Kleingeldumlauf (einschließlich der Banknoten zu 10 und 20 Kronen) belief sich auf 65 Kronen pro Kopf der Bevölkerung und wird bei völliger Erschöpfung des 1200 Millionen-Kontingents auf 81.63 Kronen steigen. In einer Reihe von Staaten ist der Kleingeldumlauf bedeutend größer, so in Frankreich 100, in England 163, in Deutschland 240 und in der Schweiz sogar 297 Kronen pro Kopf.

Durch die Ausscheidung der 10- und 20-Kronennoten wird in den Ausweisen der Nationalbank rechnungsmäßig der Gegenwert von 514.1 Millionen frei; dieser Betrag wird buchmäßig zunächst zur Deckung des Passivsaldos des früheren Bankamtes beim Finanzministerium (288.2 Millionen), der Rest zur Herabsetzung der Banknotenschuld verwendet.

Der Motivenbericht führt u. a. an, daß die Einbeziehung der 10- bezw. 20-Kronennoten in den Kleingeldumlauf schon im Gesetz 103/28 in Aussicht genommen war. Die neue Regelung tangiere in keiner wie immer gearteten Weise die Beständigkeit unserer Währung, sondern verbessere lediglich die Goldbeckung der größeren Banknoten und biete damit auch bessere Kreditmöglichkeiten.

Kontinuität der französischen Außenpolitik?

Herriot wird bereits entsprechend informiert.

Paris, 24. Mai. (Havas.) In Anwesenheit des Präsidenten der Republik Lebrun hatten Tardieu, Herriot und Flandin heute gegen Abend eine zweistündige Beratung. Beim Verlassen des Elysee-Palais teilten sie den Pressevertretern mit, sie hätten sich gegenseitig verpflichtet, über den Verlauf der Beratung nicht mehr zu enthüllen als in dem ausführlichen Kommuniqué enthalten sein wird.

In diesem Kommuniqué heißt es:

Die zurückgetretenen Minister haben dem Präsidenten der Republik in Anwesenheit Herriots die hauptsächlichen internationalen und finanziellen, gegenwärtig auf der Tagesordnung stehenden Probleme dargelegt; sie haben Herriot davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihm morgen die betreffenden Aktenstücke übergeben und sich ihm für alle weiteren Auskünfte zur Verfügung halten werden.

Ueber die Unterredung meldet Havas: Tardieu habe in seiner Eigenschaft als Außenminister die von seiner Regierung eingenommene Haltung zu den großen außenpolitischen Problemen dargelegt, die sich sowohl auf der Abrüstungskonferenz, wie im Hinblick auf die am 16. Juni in Lausanne beginnende Reparationskonferenz stellen. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Mitteleuropa sei sicher besprochen worden. Man könne annehmen, daß die Bildung der kommenden Regierung nicht in die Debatte gezogen worden sei. Herriot müsse jedoch als derjenige gelten, der mit der Bildung der neuen Regierung nach Wiederzusammentritt der Kammer betraut werde.

*

Konzessionen an die Rechte?

Herriot hat sich im Laufe einer Unterredung, die er einem Redakteur des „Paris Midi" gewährte, sehr zurückhaltend über die Regierungsbildung, aber sehr deutlich über seine Reparations- und Abrüstungspolitik ausgesprochen.

Herriot sagte: „Ich halte mich an die einfachen und festen Grundsätze, die ich unaufhörlich über die unverjährbaren Rechte, welche Frankreich auf Grund der Verträge und freiwillig unterzeichneten Abkommen besitzt, bekräftigt habe. So betrachte ich als eine absolute Notwendigkeit die Anerkennung unserer Schuldforderungen. Man kann über etwaige Zahlungsarrangements nicht diskutieren, solange diese Forderungen nicht anerkannt sind."

Auf den Einwurf des Journalisten, daß Deutschland die Rechte Frankreichs bestreiten und darüber diskutieren wolle, erklärte Herriot: „Das ist eine schlechte Methode. Wenn es wahr sein sollte, daß Deutschland geltend machen will, es habe schon mehr bezahlt als es schulde, müßten seine Ziffern Sachverständigen unterbreitet werden. Aber wie konnte Deutschland freiwillig die Verpflichtungen des Young-Planes unterzeichnen, wenn es nicht durch die Wahrheit der Ziffern dazu gezwungen gewesen wäre? Wir werden eine sehr vorsichtige und sehr genaue Außenpolitik führen müssen. Der geringste Exzeß würde die radikalen Forderungen eines Hitler begünstigen und die geringste Schwäche würde sie ermutigen. Was die Abrüstung anbelangt, hat man mir die Absicht zugeschrieben, Ersparnisse bei der Landesverteidigung zu machen. Das trifft für unnütze Kasernenbauten und für jede andere Verteidigungsmaßnahme zu, die einer Vergeudung gleichkommen würde. Aber im übrigen kann ich nichts an der Sicherheitsrüstung Frankreichs ändern. Ich möchte sie im Gegenteil vervollkommnen und modernisieren, bis solide internationale Garantien den Völkern gegeben werden, die an der Organisation eines wahren Friedens arbeiten.

*

Der Standpunkt Deutschlands:

Keine Zwischenlösung in der Reparationsfrage.

Berlin, 24. Mai. Zu der Meldung einer Korrespondenz über angebliche Besprechungen deutscher Politiker und Wirtschaftsführer mit Vertrauensleuten Herriots über eine Zwischenlösung in der Reparationsfrage erfährt das Conti-Büro von unterrichteter Seite, daß es sich bei dieser Zusammenkunft lediglich um die ordentliche Jahresversammlung des sogenannten Mayrisch-Komitees handelt, das sich mit deutsch-französischen Wirtschaftsfragen beschäftigt und in regelmäßigen Abständen zusammentritt. Was die angebliche Haltung der deutschen Teilnehmer in der Reparationsfrage anbetrifft, so sind sie alle einig darüber, daß die grundsätzliche Bereinigung des Reparationsproblemes, wie sie von der Reichsregierung gefordert worden ist, den einzig möglichen Weg darstellt.

Gipfelpunkt kommunistischer Verblendung

angesichts der Kriegsgefahr für Sowjetrußland.

Der japanische Imperialismus liegt auf dem Sprung gegen Sowjetrußland. Damit ist nicht nur die russische Revolution fürchterlicher bedroht als in den voraufgegangenen fünfzehn Jahren, sondern der vollzogene Sprung würde auch eine unübersehbare Gefährdung des ohnehin so labilen Weltfriedens bedeuten, unaussprechliches Elend der Völker, würde unvorstellbares soziales, seelisches und körperliches Leiden in nie gekannten Maßen über die Menschheit bringen.

Angesichts dieser immens vergrößerten Gefahr eines neuen und noch entsetzlicheren Weltbrandes, deren letzte Umdunkelung unter dem Feuer der japanisch-fascistischen Attentatsschüsse wich, hat die Sozialistische Arbeiter-Internationale sofort das Selbstverständliche, aber gerade in seiner Selbstverständlichkeit so Bezwingende, Ueberzeugende und Erhebende getan, die Arbeiterschaft der ganzen Welt durch einen weithin über das Erdentrund schallenden Appell zur bedingungslosen Verteidigung Sowjetrußlands und damit des Weltfriedens in Bereitschaft zu setzen. Die Internationale hat damit dem Denken und Fühlen aller sozialdemokratischen Parteien und jedes einzelnen sozialdemokratischen Arbeiters absolut wirkenden Ausdruck verliehen und es gibt wohl keinen Sozialdemokraten, der in diesen Tagen nicht alle Energie, allen Klassenkampfwillen, alle Begeisterung für die russische Revolution und alles tiefe antimilitaristische Empfinden in sich zusammenfaßt, um so sich selber zum Dienst für die allgemeine sozialistische Abwehridee zu rüsten.

Deshalb aber muß und wird es jeder Genosse als empörend empfinden, daß die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei selbst in diesem Augenblick unmeßbarer weltproletarischer Interessen unverrückbar an ihrer Taktik, die ihr schon zur Lebensaufgabe geworden ist, festhält, nämlich die Sozialdemokratie zu bekämpfen, zu verleumden und gegen sie in besinnungslosem Haß mit den abgefeimtesten und in dieser Stunde allergefährlichsten Lügen vorzugehen. „Rudé Právo", „Vorwärts" und „Internationale" beantworten den Aufruf mit einer Sturzflut von Artikeln, an deren Spitze die geradezu unfaßbare Lüge steht:

„Die 2. Internationale mit Worten gegen den Krieg, in Wirklichkeit für ihn."

Im Hinblick auf die alle Bedenken und Hemmungen niedersegenden Erwägungen, Pläne und Arbeiten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Verteidigung Sowjetrußlands, zum Kampfe gegen den japanischen Imperialismus, zur sozialdemokratischen Antikriegsaktion und zur Unterbindung der Waffenerzeugung und -verschickung in jedem einzelnen Lande, im Hinblick auf solche Bereitschaft zum Abwehrkampf weiß die kommunistische Presse hierzulande nichts anderes zu erwidern, als daß wir damit als „Stützen der kapitalistischen Ordnung die Sabotage eines wirklich einheitlichen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die Unterstützung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen bemänteln" wollen! Die Züricher Beschlüsse unserer Internationale seien „nichts als ein Betrugs- und Täuschungsmanöver im Interesse der Kriegstreiber"!

Dieser „Gedanke", in allen möglichen Abwandlungen, ist das Echo, das der Aufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale als des Sprachrohrs des revolutionären Verteidigungswillens der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Welt gefunden hat!

Wir wissen noch nicht — aber es wird ja wohl bald auch darüber mehr Klarheit herr-

Waffen bei der Alpine!

Wien, 24. Mai. Wie aus Seegraben (Steiermark) gemeldet wird, hat die Gendarmerie in dem dortigen Werksrestaurant der Alpinen Montangesellschaft gestern eine Hausdurchsuchung vorgenommen und dabei im Keller ein Maschinengewehr und eine Kiste Munition beschlagnahmt. Vor dem Eintreffen der Gendarmerie sollen drei Maschinengewehre mit Munition abtransportiert worden sein. Die „Arbeiter-Zeitung" bezeichnet die Alpine als Eigentümerin der Maschinengewehre.

Der preußische Landtag konstituiert

Heute Wahl des Präsidiums.

Berlin, 24. Mai. Der am 24. April gewählte vierte preußische Landtag hielt heute nachmittags seine konstituierende Sitzung ab. Obwohl der Sitzungsbeginn erst für 15 Uhr vorgesehen war, war bereits kurz nach 14 Uhr, als die Publikumstribünen geöffnet wurden, ein so starker Andrang vom Publikum zu verzeichnen, daß sämtliche Tribünen im Nu überfüllt waren.

Die Sitzung wurde von dem nationalsozialistischen Alterspräsidenten General Litzmann geleitet, der in das vorläufige Präsidium noch zwei Nationalsozialisten, einen Sozialdemokraten und einen Zentrumsabgeordneten berief. Er erklärte auch, daß zunächst die Bestimmungen der alten Geschäftsordnung Geltung haben, was aber in keiner Weise die Uebernahme der bisherigen Geschäftsordnung durch den neuen Landtag präjudizieren solle. Die Sitzung, die ohne nennenswerte Störung verlief, wurde dann zur Wahl des Landtagspräsidiums auf morgen vertagt.

In der morgigen zweiten Sitzung des preußischen Landtages soll zunächst das Präsidium gewählt werden. Vermutlich wird der Hakenkreuzler Kerrl, ein Gerichtsbeamter, der schon dem vorigen Landtag angehört hat, zum Präsidenten gewählt werden; er muß sich jedoch nach vier Wochen einer Neuwahl unterziehen. Nach dem gleichen Prinzip der Fraktionsstärke sollen als Vizepräsidenten ein Sozialdemokrat, ein Zentrumsmann und ein Kommunist gewählt werden, doch sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen, da die Hakenkreuzler erklären, ihr Verhalten bei der Wahl des ersten (sozialdemokratischen) Vizepräsidenten von dem Verhalten der Sozialdemokraten bei der Wahl des Präsidenten abhängig zu machen. Dadurch soll die Sozialdemokratie gezwungen werden, den Hakenkreuzler zum Präsidenten zu wählen.

Oesterreichisches Moratorium

unmittelbar bevorstehend.

Wien, 24. Mai. Wie die Blätter melden, wird die angekündigte Verordnung über die „Devisensperre für Auslandsschulden" sobald als möglich im Hauptausschuß des Nationalrates vorgelegt werden und dann sogleich in Kraft treten. Der Hauptausschuß des Nationalrates wird für Freitag, spätestens Samstag, einberufen werden.

Zu diesem Moratorium berichten die heutigen Abendblätter, daß es eine Bestimmung enthalten wird, wonach die ausländischen Gläubiger ihre Zinsen und Amortisationszahlungen nicht mehr in ausländischen Valuten erhalten werden wie bisher, sondern in österreichischen Schillingen, wobei diese Beträge auf ein Sonderkonto bei der Nationalbank eingelegt werden, ohne daß jedoch ihre Inhaber ohne Bewilligung der Nationalbank darüber disponieren können.

schen — ob diese bewußte Verkehrung des sozialdemokratischen politischen Willens in sein Gegenteil durch die hierländische kommunistische Presse von Moskau als linientreu empfunden und erklärt werden wird. Vermutlich äußert sich in diesem Nebeneinander sowjetrussischen Interesses an der Verhinderung eines Krieges durch die Aktion des Weltproletariats einerseits und der kommunistischen Verleumdung der sozialdemokratischen Aktionsbereitschaft andererseits die bekannte Zwiespältigkeit bolschewistischer Rußland- und Antisozialdemokraten-Politik. Sicher aber geht aus dem Verhalten der kommunistischen Presse hervor, daß es für sie etwas gibt, das ihr noch weit wichtiger ist als die russische Revolution und deren Verteidigung, nämlich ihr Haßkampf gegen die Sozialdemokratie.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der in den letzten Jahren die kommunistische Politik wachen Auges beobachtete, mußte auch auf diesen Exzeß krankhafter Verblendung vorbereitet sein. Aber unsere Erkenntnis vom Wesen des kommunistischen Irrsinns nimmt ihm nichts von seinem Schrecken, schwächt die verbrecherische Wirkung dieses kommunistischen Unternehmens nicht ab. Denn wenn die Kommunisten im Angesicht eines Brandes, der die Errungenschaften der russischen Revolution und jahrzehntelanger europäisch-sozialdemokratischer Aufbauarbeit verzehren könnte, die sozialdemokratische Antikriegsaktion also in ihr Gegenteil umlügen und damit den Keil in den wunden Körper des Weltproletariats bis zu einem Punkte vortreiben, wo sein Lebensnerv sitzt, so nehmen sie das Odium auf sich, in einem Zeitpunkt, da alle Energien der Arbeiterschaft zusammengefaßt werden müßten, um den Sozialismus vor der Zertrümmerung zu bewahren, mörderische Politik innerhalb unserer Klasse zu versuchen.

Es ist wahrscheinlich, daß diese kommunistische Taktik von der Erwägung mitbestimmt ist, man dürfe kommunistischerseits die Sozialdemokratie Sowjetrußland nicht verteidigen lassen, weil dies die völlige Entlarvung der Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit der kommunistischen Politik in Mittel- und Westeuropa dartun würde; es ist weiterhin möglich, daß die außerrussischen kommunistischen Parteien gerade die Gefährdung Sowjetrußlands dazu ausnützen wollen, um den zwar revolutionär fühlenden, aber sozialistisch ungeschulten Teil der Arbeiterschaft glauben zu machen, daß Rußland und Kommunismus zwei sich deckende Begriffe seien. Aber wie immer dem sei — sicher ist, daß dieser bisher tollste Exzeß der kommunistischen Wahnsinnspolitik die Bourgeoisie aller Länder beglücken wird, die da glauben darf, daß einem japanischen und antikapitalistischen Angriff auf Sowjetrußland Erfolg beschieden sein werde, wenn selbst in solchem historischen Moment die Spaltung innerhalb des sozialistischen Proletariats seine brudermörderische Wirkung erweisen werde.

Es wäre unverantwortlich, die Möglichkeit solcher Wirkungen auf den Gang der Entwicklung in der nächsten Zeit zu unterschätzen. Aber um so mehr gibt es für jeden Sozialdemokraten, für jede sozialdemokratische Partei und für die Sozialistische Arbeiter-Internationale nur einen Weg und ein Ziel in dieser schicksalsschweren Lage:

alles zum Kampfe gegen die fernöstliche wie gegen die Kriegsgefahr überhaupt zu mobilisieren, jedes zweckdienliche Mittel gegen Kriegstreiber und Kriegsrüster in jedem einzelnen Lande zu ergreifen.

Je stärker solcher Wille und solche Bereitschaft in jedem einzelnen Genossen Wurzeln schlagen, desto machtvoller wird die Abwehrkraft jeder sozialdemokratischen Partei, umso gewaltiger das Gewicht unserer Internationale sein. Wir stellen die kommunistische Tollheit fest, die — mag auch Sowjetrußland darüber zugrundegehen — die Aktionsbereitschaft und die Aktion der sozialistischen Weltmacht lähmen will. Mit dieser Feststellung gehen wir aber auch schon zur Tagesordnung über, alle kommunistische Lüge und Verleumdung, alle kommunistische Verblendung und Gemeinheit weit hinter uns lassend: mögen sie ihr elendes Parteihandwerk weiter treiben, wie und so lange sie wollen; die Sozialdemokratie rüstet mit jedem Nerv für die Verteidigung Sowjetrußlands umso lebendiger, je fürchterlicher der proletarische Gedanke von den Kommunisten geschändet wird, und für die Erhaltung des Weltfriedens, damit sich in ihm der Sozialismus Bahn zum Siege breche.

Krebs und Nečas.

In einem Leitartikel des „Právo Lidu" hat Genosse Abg. Nečas Erwägungen darüber angestellt, welche Mittel angewendet werden müßten und welche Wege offen stehen, um Geld für die Investitionstätigkeit der öffentlichen Körperschaften zu beschaffen. Darüber ist nun Herr Krebs in einen wahren Jubel ausgebrochen, den er in einer Wählerversammlung zum besten gab. Denn jetzt vermeint Herr Krebs die Sozialdemokratie erwischt zu haben. Die Nationalsozialisten haben nämlich bereits vor acht Monaten die Beschaffung von drei Milliarden beantragt, darüber habe der „Sozialdemokrat" gehöhnt, jetzt aber beantragen die tschechischen Sozialdemokraten gar dreieinhalb Milliarden und das sei ein Triumph des Nationalsozialismus über sozialdemokratische Demagogie.

Wie leicht doch die Herren Nationalsozialisten zu Triumphen kommen! Schon vor acht Monaten haben sie die Beschaffung von drei Milliarden beantragt, während die dummen Sozialdemokraten erst jetzt damit nachhinken. Aber mit Verlaub, wenn es nur auf die Stellung von Anträgen ankäme, so könnten wir einfach darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie schon beim Regierungseintritt die Begebung einer Investitionsanleihe gefordert hat. Mehr noch, die Sozialdemokratie hat diese Forderung ununterbrochen betrieben und gerade auf ihr Drängen ist im Vorjahre nach Ueberwindung des schwersten Widerstandes des früheren Finanzministers Engliš eine Investitionsanleihe, freilich nicht in dem von uns gewünschten Ausmaße tatsächlich zustandegekommen, und jetzt arbeitet die Sozialdemokratie eben daran, eine neuerliche Anleihe zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung zu verwirklichen. Der Triumph der Nationalsozialisten über sozialdemokratische Demagogie sieht eben so aus, daß die Nationalsozialisten von Arbeitsbeschaffung reden, die Sozialdemokraten aber, soweit ihr Einfluß reicht, wirklich Arbeit schaffen. Wenn jetzt dem Minister für soziale Fürsorge wieder 40 Millionen für produktive Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung gestellt werden, so ist damit mehr getan als mit allem Triumphgeschrei der Nationalsozialisten nebst den dazugehörigen Anträgen.

Freilich, Herr Krebs hat noch eine Ursache zu triumphieren entdeckt, nämlich den wesentlichen Unterschied zwischen seinen Anträgen und jenen des Genossen Nečas. Dieser Unterschied besteht allerdings, aber wenn wir ihn näher betrachten, wird von dem nationalsozialistischen Triumph nichts übrig bleiben. Der Unterschied besteht nach Krebs darin, daß die Anregungen des Genossen Nečas das Zinsproblem beachten und daher unbrauchbar seien. Der Antrag der Nationalsozialisten behandelt dagegen das Zinsproblem, aber fragt nur nicht wie! Der Staat soll den Gemeinden die drei Milliarden zu drei Prozent zur Verfügung stellen und die Zinsendifferenz aus eigenem tragen. Das ist freilich eine sehr einfache Behandlung des Zinsproblems und sieht der berühmten Quadratur des Zirkels so ähnlich wie ein Ei dem anderen. Die Zinsknechtschaft wird, wenn nicht gebrochen, doch gemildert, da ja die Gemeinden nur drei Prozent zahlen müssen, aber die Herren raffenden Kapitalisten, mit denen es also die Hakenkreuzler in Wirklichkeit gar nicht so schlimm meinen, wie man nach ihren Versammlungsreden glauben sollte, bekommen doch ihre sechs oder sieben Prozent auf Kosten des Staates. Woher der Staat die rund hundert Millionen jährlich zur Verwirklichung dieser für die Kapitalisten sehr angenehmen Methode zur Brechung der Zinsknechtschaft nehmen soll, darüber haben sich die Nationalsozialisten den Kopf nicht zerbrochen. Herr Krebs meint freilich, daß durch die Arbeitsbeschaffung Mehreinnahmen eintreten müßten, womit der Aufwand des Staates gedeckt wäre. Wenn diese famose Rechnung stimmte, dann gäbe es längst keine Krise mehr, denn dann müßte man nur drauflos investieren und Arbeit wäre in Hülle und Fülle vorhanden. Gerade darin, daß öffentliche Notstandsarbeiten nicht unmittelbar in kapitalistischem Sinne rentabel sind, liegt ja die Schwierigkeit ihrer Finanzierung, die heute das Kernproblem der staatlichen Krisenbekämpfung bildet.

Darum steht es eben gerade umgekehrt, wie Herr Krebs meint. Nicht er, sondern Genosse Nečas hat brauchbare Mittel empfohlen. Genosse Nečas hat nicht einfach gesagt, es seien Milliarden zu pumpen, sondern er hat darüber nachgedacht, wie man sie aufbringen könnte. Er hat verschiedene Vorschläge gemacht: Begebung einer Baulosanleihe, die einen starken Anreiz zur Zeichnung in sich trägt, Ausgabe von Eisenbahnobligationen, die durch das Eisenbahnunternehmen sichergestellt, durch einen Ertrag verzinst werden können, Einhebung eines besonderen Investitionszuschlages durch die Selbstverwaltungskörper, damit diese ihre Anleihen amortisieren können usw. Genosse Nečas hat, mit einem Worte, die Umrisse eines Finanzierungsplanes entworfen, Krebs aber hat einfach drei Milliarden verlangt. Das ist wirklich ein wesentlicher Unterschied und deshalb können wir die Anregungen des Genossen Nečas unterstützen und brauchen dennoch von unserem Vorwurf der Demagogie gegen die Hakenkreuzler nicht ein Quentchen zurückzunehmen.

Der zweite Unterschied zwischen Krebs und Nečas besteht angeblich darin, daß Nečas die dreieinhalb Milliarden der Staatswirtschaft zuführen will, die sicher nicht dort bauen werde, wo Arbeitsnot ist, die Nationalsozialisten aber ihre drei Milliarden für die Selbstverwaltungskörper verlangen. Diese Behauptung ist schon nicht mehr nationalsozialistische Theorie, sondern etwas anderes, wenn auch Aehnliches, nämlich eine platte Unwahrheit. Genosse Nečas will freilich, daß auch der Staat investiert. Selbstverständlich, oder sollen die Eisenbahnen zugrunde gehen, die Staatsstraßen verfallen, staatliche Bauten nicht ausgeführt werden? Vor allem der Staat hat die Pflicht, Arbeit zu schaffen, das sagen die Nazis sonst selbst — dann muß er aber auch für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sorgen. Aber Genosse Nečas will auch die Investitionstätigkeit der Selbstverwaltung fördern, darum schlägt er ja die Einhebung eines besonderen Zuschlages vor, darum beantragt er die Einführung einer Abgabe von unverbautem Grund, darum fordert er, daß mit den Hemmnissen aufgeräumt werde, die der Darlehensgewährung an Selbstverwaltungskörper im Wege stehen. Genosse Nečas sagt selbst ausdrücklich:

„Die Unternehmungstätigkeit der Selbstverwaltung bildet mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionstätigkeit, darum muß ihr die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden."

Herr Krebs möge also ruhig die Fahne des Triumphes wieder einrollen und in den Winkel stellen. Arbeit schafft man nicht durch Anträge, die zu dutzendweis aufs geduldige Papier gebracht werden können, Arbeit schaffen kann nur ernste und verantwortungsbewußte Politik. Zu einer solchen sind nicht die marktschreierischen Hakenkreuzler, sondern nur die Sozialdemokraten gewillt und fähig. Das werden auch die Arbeiter verstehen. Darum lassen wir Herrn Krebs reden und gehen unbeirrt unseren Weg weiter.

Gemeindewahlen vom Sonntag

Tscheraditz bei Saaz. Abgegebene gültige Stimmen 304. Es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 129 Stimmen und 6 Mandate (1927 130 Stimmen und 7 Mandate), Deutsche Volksgemeinschaft 44 Stimmen, 2 Mandate (früher nicht kandidiert), Tschechische Wahlgruppe 73 Stimmen, 4 Mandate (64, 3), Bund der Landwirte 58 Stimmen, 3 Mandate (96, 6). Wir verlieren gegenüber der letzten Gemeindewahl 1 Stimme und 1 Mandat. Eben diese 1 Stimme brachte uns um das 7. Mandat. Gegenüber den Parlamentswahlen 1929 gewannen wir 9 Stimmen. Es ist zu erwähnen, daß zur letzten Gemeindewahl nur 3, diesmal aber 4 Parteien um die Gunst der Wähler sich bewarben. Nichtsdestoweniger hat unsere Partei ihre Position glänzend gehalten.

Miloschitz bei Saaz. Liste der Kleinbauern und Häusler 25 Stimmen und 2 Mandate, Tschechische Wahlgruppe der Kolonisten und Landarbeiter 47 Stimmen, 5 Mandate, Liste der tschechischen Meierhofangestellten 18 Stimmen und 2 Mandate. Im Jahre 1927 wurde ein Wahlübereinkommen getroffen, wobei die Kleinbauern und Häusler 4, die Tschechen 5 Mandate erhielten. Bei der letzten Volkszählung in Miloschitz wurden 47 Deutsche und 112 Tschechen gezählt. Bei der Parlamentswahl 1929 erhielt die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei 14 Stimmen. Auf der Liste der Hofangestellten kandidierte diesmal der tschechische Restgutbesitzer, der natürlich auf die auf dem Hof noch beschäftigten deutschen Arbeiter einen bestimmten Druck ausübte.

18

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

„Das war ganz gescheit von Ihnen, daß Sie gleich mit dem lieben Gott geredet haben. Denn das weiß man doch, daß der nicht mit sich spaßen läßt. Dem kann man nicht gut was versprechen, bloß damit er einem hilft und nachher hält man's nicht. Da würd' es einem ja fein dreckig gehen."

„Vielleicht?"

Max bekommt Mut. Er schielt nach den Zigaretten.

„Aber dann muß man auch wieder sagen: Wenn es einen gibt, da oben, der aufpaßt, warum bestraft er die Reichen nicht? Die Reichen können machen was sie wollen. Das liegt am Geld."

„Sagen Sie mal, Max, wer gehört eigentlich alles dazu, wenn Sie von den „Reichen" reden? Ich glaube, das ist ein unsicherer Begriff."

„Na", sagt er, „zu allererst mal der Lichte."

„Lichte? Na ja, er verdient so ganz gut. Aber um reich zu sein, müßte man schon etwas mehr haben. Und weiter, wen zählen Sie noch zu den Reichen?"

„Da ist der Pokral vom Residenz-Theater. Das ist auch so einer, der nichts tut und viel Geld kriegt. Ich kenn' dem seinen Vorführer. Der Vorführer ist verheiratet und hat noch so viel, daß er seine Kinder durchbringt. Der muß bloß immer schuften."

„Lichte, Pokral. Wer nun noch, Max? Vielleicht wissen Sie noch eine ganz andere Sorte von Reichen?"

„Ja, der Lehrer zum Beispiel, bei dem wir Rechnen und Singen hatten. Das war ein Hund, kann ich Ihnen sagen. Der schlug immer. Für jeden Dreck gab's zehn in die Hand. Sisst, machte er jedesmal, wenn er schlug und guckte einem so richtig ins Gesicht, ob's auch weh tat."

„So, der war also reich. Da hatte er wohl oft einen neuen Anzug und immer feine Schlipse?"

„Nee, nee, der und feine Schlipse! Denselben Anzug hat er getragen, solange wir in die Schule gingen."

„Da war er am Ende gar kein Reicher? Warum rechnen Sie ihn dazu?"

„Doch, die Reichen, das sind eben die, die die Macht haben und uns wegen dieser Macht quälen. Die meisten sitzen ja im Auto und haben ein eigenes Haus. Aber das kommt immer erst, wenn sie genug Arme gefunden haben, die für sie arbeiten und sich von ihnen schinden lassen."

„Wer sagt das, Max? Der Vater, der Bruder?"

Jetzt kann er nicht mehr widerstehen, langt nach den Zigaretten. Er entzündet eine mit Bescheidenheit und macht vorsichtig einen Zug.

„Das hab' ich mir eigentlich selbst so zurecht gelegt, seit ich beim Lichte bin. Sehen Sie mal, als Sie noch nicht da waren, da hat er arbeiten müssen. So sehr viel hat er damals noch nicht verdient. Dann sind Sie gekommen und haben seine Arbeit gemacht. Jetzt machen Sie alles und kriegen hundertfünfundsiebzig Mark dafür. Das mag ja wohl eine ganze Menge Geld sein, aber wenn man so bedenkt, wie der zu Ihnen ist, wo Sie ihm doch sein Geld verdienen, und wie wenig er selbst tut und wieviel Hundertmarkscheine ich schon so weggebracht habe in die Kneipen . . ."

„Nun sagen Sie mal, Max, Sie sprechen da von mir. Zu welchen gehöre ich denn nun eigentlich, zu den Reichen oder zu den Armen?"

Diese Frage ist ihm sehr fatal. Er zieht an seiner Zigarette.

„Wie Sie kamen — aber das müssen Sie mir nicht übel nehmen, Fräulein Brückner — da haben wir gleich beide gesagt, das ist eine von den Reichen, nun wird es uns schlecht gehen. Erst haben Sie ja auch nicht viel mit uns gesprochen. Da haben wir gedacht, die hält's mit dem Lichte, die wird uns schon rumjagen. Aber dann sind Sie so freundlich gewesen, und nachher haben Sie uns immer geholfen. Die Martha sagt, das kommt bloß, weil Sie arbeiten müssen. Wer selbst richtig arbeiten muß, der kann gar nicht so gemein sein zu denen, die unter ihm stehen."

„Nun will ich Ihnen mal was sagen, Max, und Sie müssen es glauben, wenn's auch ein bißchen unwahrscheinlich für Sie klingt. Die meisten Kaufleute, Fabrikbesitzer, Großindustriellen, die Leute, die im Auto fahren und ein eigenes Haus haben, sagen wir mal ruhig in diesem Falle „die Reichen", müssen noch viel mehr arbeiten als Sie und ich und die Martha und der Walter. Nicht jeder verdient sein Geld so leicht wie Herr Lichte."

„Reiche, die arbeiten, kenne ich aber nicht", sagt Max, „da glaub ich das nicht."

„Sie hatten gewiß doch noch andere Lehrer als den für Rechnen und Singen. War denn nicht einer dadrunter, der gut war?"

„Doch, der Borbe. Der Borbe war anständig. Der Borbe hat nie einen geschlagen."

„Und er hatte doch auch die Macht?"

„Ja, die hatte er."

„Max, wenn nun Borbe, die Macht hatte, Sie zu quälen und doch gut war, glauben Sie nicht, daß es dann auch Arbeitgeber geben kann, die große Macht haben und doch gut sind?"

„Ich weiß nicht. Beim Lichte, das ist doch meine erste Stelle. Ich hab mir vorgenommen, nichts mehr zu glauben, was ich nicht selbst sehe. Wenn ich mal zu einem komme, der anders ist, dann will ich einsehen, daß nicht alle so sind wie der Lichte."

Er sagt das treuherzig.

Mir legt sich ein Alp auf die Brust. Ich denke zurück an die Arbeitgeber, die hinter mir liegen. Habe ich Veranlassung, anzunehmen, daß Lichtes Beispiel dermaleinst ausgelöscht werden wird aus diesem jungen Gemüte?

„Aber wir können uns doch nicht wehren", sagt er, „was sollen wir denn tun?"

Es klingt in mir nach, es braust und wühlt und gräbt in mir, als ich diese Nacht nicht zur Ruhe kommen kann. Wie können wir uns wehren, was sollen wir tun?

Ich komme vom grüblerischen Blick der Knabenaugen nicht los und sehe Lichtes Augen daneben, blank und funkelnd wie Moorwasser.

Immer noch sind wir vier allein. Das Geschäft wächst stetig. Wir müssen ungezählte Ueberstunden machen. Der freie Sonnabend-Nachmittag wird zur Legende.

„Wenn Sie fertig sind, machen Sie man auch Schluß", sagt Lichte und geht um halb drei. Es soll sich anhören, als gingen wir eine Stunde später auch. Auf diese Weise will er unsere Ueberstunden vertuschen. Ich habe meine Not, die Jungen bei der Arbeit zu halten. Ab und zu meutern sie in Lichtes Hörweite. Dann kriegen sie fünf Mark in die Hand gedrückt, und gegen fünf Mark sind sie machtlos. Die stecken sie glückstrahlend in die Hosentasche und sind willig, bis der letzte Pfennig vertan ist. Dann murren sie wieder.

Ich bekomme jetzt eine kleine Provision. Sie beträgt monatlich fünf bis acht Mark. Lichte betrügt mich dabei, so viel er kann. Ich habe es also in dreijähriger treuester Arbeit dazu gebracht, daß ich das Mindestgehalt einer Disponentin bekomme. Immerhin: wer sonst in Königsberg zahlt einer Kontoristin hundertachtzig Mark?

Lichte und ich sind erbitterte Feinde. Wir sprechen höflich miteinander, beinahe offiziell, aber insgeheim läßt er keine Gelegenheit vorübergehen, mich zu demütigen. Und ich gebe mir keinerlei Mühe mehr, meine Geringschätzung für ihn zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage bleibt schwierig und unübersichtlich".

Aus dem Bericht des Bankrates.

Prag, 24. Mai. Der Bankrat der Nationalbank hielt heute seine ordentliche Monatssitzung ab. In dem Geschäftsberichte für den abgelaufenen Zeitabschnitt wurde u. a. konstatiert:

Im Stande der Weltwirtschaft traten keine wesentlichen Aenderungen ein. Die Lage bleibt schwierig und unübersichtlich. In der Tschechoslowakei erfuhr die Wirtschaftsdepression in den letzten Wochen aus Saisongründen eine gewisse Mäßigung, vor allem infolge der etwas regeren Baubewegung. Das Niveau der Großhandelspreise sank im April mäßig, der Gesamtindex befand sich am 1. Mai zum erstenmal unter seinem Ausgangspunkte vom Juli 1914.

Die gesamte Arbeitslosigkeit ist im April und in den ersten Maiwochen gesunken, hauptsächlich als Folge des Bedarfes von Arbeitskräften für Bauten. In den übrigen Saisonbranchen trat eine Saisonbelebung bloß in beschränktem Umfange ein und wurde hauptsächlich durch inländische Nachfrage verursacht, während der Absatz nach dem Auslande ständig äußerst schwierig bleibt. Es scheint, daß die Entwicklung des Außenhandels bisher nicht im Einklang mit den geänderten Einkommenverhältnissen steht.

Die Vorlage über die Berufskrankheiten

im Plenum des Parlaments.

Prag, 24. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Vorlage über die Berufskrankheiten und die diesbezügliche internationale Konvention in gemeinsamer Debatte in Verhandlung gezogen.

Der Referent Genosse Klein drückt den Wunsch des sozialpolitischen Ausschusses aus, daß künftig internationale Vereinbarungen über sozialpolitische Fragen in einem rascheren Tempo ratifiziert werden, damit die Tschechoslowakei nicht wieder erst an 25. Stelle glänzt. Die Vorlage ist ein Kompromiß mit den Trägern der Unfallversicherung, sie soll aber kein Präjudiz für eine kommende gesetzliche Neuregelung dieses ganzen Fragenkomplexes sein, namentlich nicht die 27-wöchige Karenzfrist für den Anfall der Rente. Der Senatsresolution, die die Unifizierung der gesamten Sozialversicherung fordert, habe sich der Ausschuß nicht anschließen können; eine derartige Unifizierung, so wünschenswert sie an sich sei, könne erst nach sorgfältigen Vorbereitungen im gegenseitigen Einvernehmen mit den Trägern der Versicherung vorgenommen werden; man müsse gerade in diesen Fragen sehr umsichtig vorgehen.

Mit besonderer Genugtuung habe es der Ausschuß begrüßt, daß er damit sein vor wenigen Monaten den Joachimstaler Bergleuten gegebenes Versprechen habe einlösen können.

Der zweite Referent Genosse Svoboda betonte, daß die Vorlage den Krankenversicherungsanstalten eine beträchtliche Erleichterung bringe, da ein Teil der Lasten nun auf die Unfallversicherung abgewälzt werde; diese könne sich vorübergehend dadurch helfen, daß sie die betreffenden Unternehmungen in eine höhere Gefahrenklasse einreihe.

In der Debatte verwies der tschechische Genosse Rovný darauf, daß die Zahl der Unfälle ständig im Wachsen begriffen ist. 1929 gab es in der Tschechoslowakei 55.646 Unfälle, im Jahre 1930 bereits 75.368, obzwar die Zahl der Beschäftigten wesentlich geringer war. Redner setzt sich für eine durchgreifende Reform der Unfallversicherung und für entsprechende Erhöhung der Leistungen ein.

Dr. Schollich kritisiert das Interview des Außenministers in einem Lausanner Blatt und wird dreimal zur Ordnung gerufen, weil er die Redezeit beträchtlich überschreitet.

Die Debatte geht morgen vormittags weiter. Nach den Dispositionen des Präsidiums dürfte die nächste Sitzung erst Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche stattfinden.

Arbeiterentlassungen in Karlsbad.

Wie der Karlsbader „Volkswille" berichtet, hat das Bauamt der Karlsbader Stadtgemeinde 230 städtischen Arbeitern gekündigt. Unter den Gekündigten befinden sich Familienväter, die schon seit mehr als 16 Jahren bei der Stadtgemeinde in Arbeit stehen. Die Kündigung hat unter den Betroffenen selbstverständlich die größte Erregung ausgelöst. Insbesondere sind die Arbeiter darüber empört, daß das Bauamt ohne Befragung des Stadtrates vorging.

Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Ladensperre in Handels- und verwandten Gewerben wurde dieser Tage von den Genossen Klein und Macoun als gemeinsamer Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Parlament überreicht. Wir werden den Antrag in unserer morgigen Ausgabe noch ausführlicher besprechen.

Nationale Konzentration in Japan.

Tokio, 24. Mai. (Reuter.) Die neue Regierung hat nunmehr bereits die Mitarbeit der konservativen und der liberalen Partei gesichert, denn Suzuki hat, obwohl er das Angebot, in das Kabinett einzutreten, abgelehnt hat, der Sejukai-Partei seine Unterstützung zugesagt.

Eine Frage an den Innenminister:

Gilt noch das Koalitionsrecht für Arbeiter?

Sozialdemokratische Interpellation wegen des empörenden Vorgehens der Sicherheitsorgane gegen die streikenden Bauarbeiter.

Prag, 24. Mai. In der heutigen Parlamentssitzung haben die Genossen Kremser und Kaufmann eine Interpellation an die Gesamtregierung überreicht, in der das auch in unserem Blatt bereits mehrfach schärfstens kritisierte Vorgehen der Polizei und Gendarmerie gegen die streikenden Bauarbeiter in Teplitz und anderwärts unter Anführung einer Reihe empörender Details auf das entschiedenste verurteilt und gleichzeitig von der Regierung entsprechende Maßnahmen gefordert werden, um eine Wiederholung der geschilderten Ereignisse unmöglich zu machen. Die Interpellanten erklären u. a.:

Das Lohnschiedsgericht in Prag, also eine auf gesetzlicher Grundlage bestehende Behörde, hat mit seinem Schiedsspruch die Löhne der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter des Handelskammerbezirkes Reichenberg in gleicher Höhe wie im Vorjahre festgesetzt. Das Gesetz (§ 21 des Baubewegungsgesetzes) besagt ausdrücklich, daß das Erkenntnis alle beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer bindet, wenn nicht besonders abweichende, für diese günstigere Bestimmungen vereinbart wurden.

Trotz dieser ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung halten sich die Unternehmer und ihr Verband, der seinen Sitz in Reichenberg hat, an den Schiedsspruch nicht.

Sie haben den einzelnen Arbeitern Reverse vorgelegt, wonach diese sich verpflichten sollen, zu wesentlich (10 Prozent) niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als sie der Schiedsspruch festgesetzt hatte, widrigens sie entlassen werden.

Sie üben aber auch auf die Unternehmer, welche den Schiedsspruch einhalten, einen unerhörten Zwang aus, um sie zur Nichteinhaltung des Schiedsspruches zu zwingen. Insbesondere der Sekretär des Unternehmerverbandes, Dr. Pettera, scheut sich nicht, mit Drohungen aller Art gegen vertragstreue Bauunternehmer vorzugehen.

Infolge dieses terroristischen Verhaltens der Unternehmer ist es in einer Anzahl von Bezirken Nordböhmens, wie Teplitz-Schönau, Aussig, Tetschen usw. zu Arbeitsniederlegungen gekommen.

Man sollte glauben, daß die Behörden alles tun werden, um den Schiedsspruch des Lohnschiedsgerichtes zur Geltung zu bringen, daß sie aber zum mindestens dem Lohnkampfe neutral gegenüberstehen werden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Insbesondere die städtischen und staatlichen Behörden in Teplitz-Schönau nehmen öffentlich Partei für die Unternehmer.

Die im Ausstande befindlichen Arbeiter haben ein begreifliches Interesse daran, jene Arbeiter, welche sich dem Terror der Unternehmer beugen und zu niedrigeren Löhnen arbeiten, aufzuklären und zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Solange sie sich hiebei keiner Gewaltmittel bedienen, darf ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt werden, was ihnen durch das seit mehr als 60 Jahren bestehende Gesetz über die Koalitionsfreiheit gewährleistet ist. Polizei und Gendarmerie hindern sie aber an der Ausübung dieses ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes.

Die Interpellation schildert nun im Detail, wie die städtische Polizei und die Gendarmerie in Teplitz die streikenden Bauarbeiter und besonders die Streikposten verfolgt und ständig provoziert, und wie namentlich am Mittwoch, den 18. Mai, Streikposten auf der Turner-Straße von zwei Gendarmen mit Gewehrkolben und Fäusten traktiert wurden. Eine Intervention beim Regierungsrat Heßlawa blieb ergebnislos. Aehnliche Vorfälle ereigneten sich, wie wir in unserem Blatte bereits ausführlicher berichteten, auch am 19. Mai in der Graupnergasse, wo der bekannte Baumeister Kunert streikenden Bauarbeitern gegenüber die Aeußerung gebrauchte: „Der Lumpengesellschaft werde ich schon helfen!" Als sich die Angerempelten dies nicht gefallen lassen wollten, war gleich Polizei und Gendarmerie zur Stelle und schlug auf die angesammelten Arbeiter los. Ein Bursche namens Lachner wurde von einem Polizisten in ein Geschäft geschleppt und dort mit dem Gummiknüttel geschlagen, der intervenierende Sekretär Röder wurde von der Gendarmerie, die wie wahnsinnig herumbrüllte und auf die einzelnen einschlug, ebenfalls grob behandelt und mit Gewehrkolben geschlagen; ein Gendarm setzte ihm sogar das Bajonett auf die Brust und rief ihm, als er sich nochmals zu legitimieren versuchte, das bekannte Götz-Zitat in der Staatssprache zu.

Die Interpellation stellt weiters fest, daß die Gendarmerie Baustellen direkt besetzt hat, auch wo es überhaupt keine Arbeitswilligen gab, ja, daß sich die Gendarmerie in einem Falle sogar dem Polier Siegmund anbot, er solle sich Arbeitswillige verschaffen, sie stelle sich ihm zur Verfügung, um ihm Schutz zu bieten, damit er weiter arbeiten könne.

Aus dem Angeführten geht hervor, daß Polizisten und Gendarmen einseitig zugunsten der Unternehmer Partei ergreifen, daß sie sich schwere Uebergriffe gegen die Arbeiter zuschulden kommen lassen und mithelfen, einen von einer staatlichen Behörde gefällten Schiedsspruch zunichte zu machen.

Dieses Verhalten der Schiedsorgane hat unter der Arbeiterschaft des Teplitzer Bezirkes ungeheure Empörung und Erbitterung hervorgerufen, so daß zu befürchten ist, daß es zu neuerlichen Zusammenstößen kommt, wenn das provokatorische Verhalten der Gendarmerie und das passive Verhalten der Behörden andauert.

Es scheint, daß es darauf abgesehen ist, daß neuerlich, zum zweitenmal innerhalb weniger Wochen, Blut fließen soll, während es unserer Ansicht nach Sache der Behörden wäre, unparteiisch vorzugehen, im übrigen aber jene Seite zu unterstützen, welche dem Schiedsspruch zur Geltung verhelfen will.

Wir fragen die Regierung:

1. Wie rechtfertigt sie das Verhalten der Gendarmerie und der Bezirksbehörde in Teplitz-Schönau?

2. Welche Mittel hat sie angewendet, um einerseits dem Schiedsspruche des Lohnschiedsgerichtes in Prag Geltung zu verschaffen, andererseits die Arbeiter in Ausübung ihres Koalitionsrechtes gegen die Uebergriffe der Unternehmer und Gendarmen zu schützen?

Komplizierte Demission!

Der „Teplitz-Schönauer Anzeiger" und mit ihm ein Teil der Provinzpresse druckt den klerikalen „Lidové Listy" die Meldung nach, daß die deutschen Sozialdemokraten entschlossen seien, die Demission des Ministers Dr. Czech durchzusetzen, wenn dieser allzu bereitwillig auf die agrarischen Forderungen in der Wohnungsfrage einginge.

Bisher haben wenigstens jeden zweiten Tag die tschechischen Agrarier, die Nationaldemokraten, dann die Kommunisten und die Hakenkreuzler die Demission Dr. Czechs verlangt. Das war noch verhältnismäßig einfach und mit dem Wunsche zu erklären, den Mann zu beseitigen, der am entschiedensten die Interessen der Arbeiterschaft vertrat und Fortschritte selbst dort erzielte, wo die bürgerlichen Parteien den hartnäckigsten Widerstand leisteten. Der Sprung zu der Sensation, daß die eigene Partei die Demission des Genossen Dr. Czech verlangen würde, ist jedoch so grotesk, daß er jetzt — nachdem die ersten Sundstage vorüber sind — vielleicht sogar in den Redaktionen der betreffenden Blätter einiges Kopfschütteln erregen wird.

„Würdiger" Einzug der Nazis

in den Wiener Gemeinderat.

Wien, 24. Mai. (Eigenbericht.) Heute wurde der neugewählte Wiener Gemeinderat eröffnet. Die fünfzehn neuen Nazivertreter feierten in der üblichen Weise ihren Eintritt. Sie waren sehr erstaunt, als sie von der Galerie mit stürmischen Pfui-Rufen, von den Sozialdemokraten mit lautem „Nazdar!" empfangen wurden. Das bezieht sich darauf, daß die Mehrheit der Nationalsozialisten urtschechische Namen hat. Sie nahmen daraufhin ziemlich bedrückt Platz und versuchten erst sehr spät, durch einige Krawalle sich wieder bemerkbar zu machen, wurden aber jedesmal von den Sozialdemokraten niedergeschrien.

Antisemitische Exzesse.

Dafür kravallierten sie nachher ausgiebig auf der Straße. Einige hundert Hakenkreuzler hatten sich vor dem Rathaus versammelt und zogen dann in die innere Stadt, wo sie in der Judengasse einige kleine jüdische Geschäfte demolierten. Es wurde schließlich die Feuerwehr gegen sie aufgeboten, die sie durch einen kalten Wasserstrahl zerstreute. Sie zogen dann wieder auf die Ringstraße, beschimpften und mißhandelten Juden und hielten auch einige Straßenbahnwagen an, in denen sie die Juden beschimpften. Schließlich wurden sie von der Polizei, die sich anfangs sehr zurückhaltend benahm, zerstreut; auch einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Seitz wiedergewählt.

In der konstituierenden Sitzung wurde Genosse Seitz mit 65 von 81 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister von Wien wiedergewählt.

Zum Vorsitzenden des Wiener Landtags wurde Genosse Dr. Danneberg wiedergewählt.

Borah gründet eine neue Partei?

New York, 24. Mai. „New York Times" widmet der Nachricht erheblichen Raum, Borah werde an dem republikanischen Nationalkonvent in Chicago nicht teilnehmen, sondern möglicherweise die Führung einer dritten Partei mit ungefährem Programm der Progressisten von 1912 übernehmen.

Nestroys Erlebnisse mit der schwarzgelben Brünner Polizei.

Zum 70. Todestag Johann Nestroys am 25. Mai.

Johann Nestroy, der am 25. Mai 1862, also vor genau 70 Jahren in Graz gestorben ist, kam im Verlaufe seines sehr bewegten Lebens wiederholt mit den Gewalten des Vormärz in unangenehme Berührung. Die ersten derartigen Erlebnisse mit der Polizei und der Zensur hatte Nestroy als 24jähriger in Brünn, wohin er nach Absolvierung eines Gastspieles in Amsterdam am 23. Oktober 1825 kam und als Opernsänger am Theater minwirkte, das damals unter der Leitung des Direktors Jwaniczek stand. Schon bei seinem ersten Auftreten als Jacob in Mehuls „Josef und seine Brüder" eroberte er sich die Gunst des Brünner Publikums, so daß die Direktion bald mit ihm einen Kontrakt auf 17 Monate abschloß. Die Polizei aber war es, die schon nach einem halben Jahr ein weiteres Auftreten Nestroys verhinderte und schon am 30. April 1826 mußte der Schauspieler Nestroy unter dem Zwang der Polizeireaktion die Stadt verlassen. Nestroy hat sich in Brünn sehr glücklich gefühlt und hier vollzog sich in seiner künstlerischen Entwicklung ein Wandel, der für seine weitere Laufbahn von ungeheurer Bedeutung war. In Brünn sagte sich Nestroy von der Oper los und wandte sich der Posse zu, in der er es später zu vollendeter Meisterschaft als Dichter und Darsteller bringen sollte. Aber schon einen Monat nach seinem ersten Auftreten geriet Nestroy mit der schwarzgelben Brünner Polizei in Konflikt. Am 3. Dezember 1825 spielte er den Adam in „Der Dorfbarbier" und am nächsten Tag lud man den jungen Nestroy zur Polizei, um ihn Vorbehalte zu machen. Nestroy berichtet darüber in seinem Tagebuch. „Ich wurde nach der Arie im ersten Akt und am Schlusse hervorgerufen, mußte aber den folgenden Tag auf der Polizei erscheinen, wegen neuen zensurwidrigen Textes in meiner ersten Arie. Ueber diesen Punkt wurde noch ein paar Tage hintereinander Protokoll aufgenommen." Eine Woche später spielte Nestroy den Kasperle in der „Teufelsmühle" und auch an dieser Aufführung nahm die Polizei neuerdings „Anstoß". Darüber erzählt Nestroy: „Einiges Nachzischen beim Applaudieren disgustierte mich so, daß ich den dritten Akt durchaus schlecht und kaum hörbar spielte. Im vierten Akt fing ich wieder mit Eifer an zu spielen, hatte Beifall und wurde am Schlusse hervorgerufen. Wegen der Geringschätzung mit der ich den Abend das Publikum behandelte, mußte ich um neun Uhr vormittags in den Polizeiarrest, ging dann in die Probe, nach der Probe in den Arrest und zur Vorstellung wieder heraus. Am Schlusse wurde ich herausgerufen. Den folgenden Tag mußte ich um neun Uhr vormittag in den Arrest bis vier Uhr nachmittag und somit war die Sache abgetan." Aus dieser Tagebuchnotiz geht hervor, daß sich die Brünner Polizeiobern damals sogar das Recht anmaßten, einen Schauspieler wegen „geringschätziger Behandlung des Publikums" in den Arrest zu stecken.

Die Polizei behielt Nestroy seither ständig und sehr aufmerksam „im Auge", aber der zu allen Späßen aufgelegte Komiker wartete nur auf den Augenblicken, um den intoleranten Vertretern der Kommißmoral eins auszuwischen. Am 18. April 1826 zitierte man ihn neuerdings zur Polizei und machte ihm Vorwürfe, weil er sich auf der Bühne einige Stegreifwitze erlaubt hatte, aber Nestroy betonte, daß er das „Extemporieren" in gewissen Rollen nicht vermeiden könne, weil es einfach unerläßlich sei. Ueber den letzten entscheidenden Krach mit den Brünner Polizeigewaltigen berichtet der Biograph Friedrich Kaiser: „Die gefährliche Aufmerksamkeit, die die hohe Polizei und Zensurhofstelle jeder Aeußerung des Komikers zuwendete, datierte schon von seinen früheren Engagements in Brünn, wo Hofrat Muth an der Spitze der Sicherheitsbehörde stand. Dieser, in jeder Beziehung ein höchst intoleranter Bürokrat, hatte Nestroy wegen manchen extemporierten Witzwortes zur Verantwortung gezogen und ihn auf alle mögliche Weise mit seinen kleinbürgerlichen Anschauungen gequält, wofür letzterer dadurch Revanche nahm, daß er in dem Volksstück „Die Teufelsmühle am Wienerberg" den Kasperl darstellend, auf den Zuruf des Ritters „Wut Kasperle, Wut!" erwiderte: „Laßt mich einmal aus mit dem Muth. Mir geht der Muth schon bis an den Hals!" Infolge dieses „Verbrechens" der verletzten Polizeiautorität hatte Nestroy unmittelbar nach der Vorstellung die Weisung erhalten, binnen 24 Stunden Brünn zu verlassen und seit jener Zeit wurde er als ein höchst staatsgefährliches Individuum mit den schärfsten Augen überwacht."

Tatsächlich verließ der verbitterte Nestroy den Brünn weg, gastierte einige Zeit in Preßburg, wandte sich dann nach Graz, um sich schließlich später ständig in Wien niederzulassen, verehrt vom Publikum, aber noch immer angefeindet von der vormärzlichen Polizei, mit der er noch so manches Duell auszutragen hatte. In der „Freiheit im Kräheswinkel" dieser unsterblichen Satire auf das Metternichsche System, hat Nestroy mit seinen Todfeinden Zensur und Polizei gehörig abgerechnet.

Ludwig Eisterich.

Tagesneuigkeiten

Albert Londres verbrannt?

Paris, 24. Mai. Nach den Angaben einer Ueberlebenden des Dampfers „Georges Philippar" ist der Schriftsteller und Reporter Albert Londres, der bisher vermißt wird, in seiner Kabine verbrannt. Die betreffende Dame erklärt, sie habe sich nur über den Balkon ihrer Kabine retten können, da die Stiege bereits in Flammen stand. Die Kabine Londres habe keinen Balkon gehabt. Auch ein Freund Londres', der mit ihm aus China an Bord des Dampfers ging, spricht im „Excelsior" die Meinung aus, daß der Schriftsteller mit dem Dampfer umgekommen sei. Am Abend vor der Katastrophe habe Albert Londres seinen Freunden mitgeteilt, das Material, das er von seinem Aufenthalt in der Mandschurei und China mitbringe, werde das bedeutendste Buch seiner Reporterkarriere werden.

40 Todesopfer einer Ostchinabahn-Katastrophe.

Charbin, 24. Mai. (Reuter.) Auf der Ostchinabahn stieß ein Flüchtlingszug mit einem Güterzug unweit von Japlonja zusammen. 40 Personen fanden hiebei den Tod, über 100 erlitten Verletzungen.

Grubenexplosion: acht Tote.

London, 24. Mai. In Houlgreave (Grafschaft Derby) ereignete sich in einem Bleibergwerk, das 24 Mann beschäftigt, eine Grubenexplosion. Im Augenblick der Explosion waren sechs Bergleute an der Arbeit. Fünf wurden durch einstürzende Erdmassen getötet; der sechste erreichte den Schachteingang und schlug Lärm. Von den Rettungsmannschaften wurden drei durch giftige Gase getötet, obwohl sie Gasmasken trugen. Unter den Toten befindet sich auch der Betriebsdirektor, der die Rettungsmannschaften geführt hatte. Seine Frau hatte kurz vor der Katastrophe einem Kinde das Leben geschenkt.

Do X in Nöten.

Southampton, 24. Mai. Das Flugschiff „Do X" gelangte gestern im hiesigen Flughafen Calshot glatt zu Wasser. Als es sich aber in zu seiner Festmachung bestimmten Bogen näherte, verlor einer der Navigationsoffiziere, der sich herausbeugte, um ein Ankertau zu ergreifen, das Gleichgewicht und stürzte ins Wasser. Er konnte jedoch gerettet werden. Nach einer Weile trieben die hochgehenden Wellen das Flugschiff gegen die Mole des Flughafens. Gerade noch rechtzeitig konnte ein Motor in Gang gesetzt werden, der das Flugschiff außer Gefahr brachte, so daß es festgemacht werden konnte. Es ist heute um 10 Uhr 20 in Calshot nach Portsmouth gestartet.

Das Flugboot „Do X" ist nach seiner Ozeanüberquerung am Dienstag um 18.30 Uhr auf dem Müggelsee bei Berlin glatt gelandet und wurde an einer eigens dazu hergerichteten Boje verankert.

Piccard fliegt wieder in die Stratosphäre

Paris, 24. Mai. Professor Piccard bestätigte dem Brüsseler Korrespondenten des „Journal" gegenüber die Nachricht, daß er Ende Juni einen neuen Aufstieg in die Stratosphäre unternehmen werde. Piccard werde selbst die Leitung übernehmen, und sein Begleiter werde der bekannte belgische Physiker Max Cosyns sein. „Wir werden versuchen", erklärte Piccard, „die im Mai vorigen Jahres erreichte Höhe von 15.780 Metern zu überfliegen, doch ist dies für uns eine ganz untergeordnete Angelegenheit. Hauptsache für uns ist, die kosmische Strahlung und andere für die wissenschaftliche Forschung wichtige Umstände zu studieren."

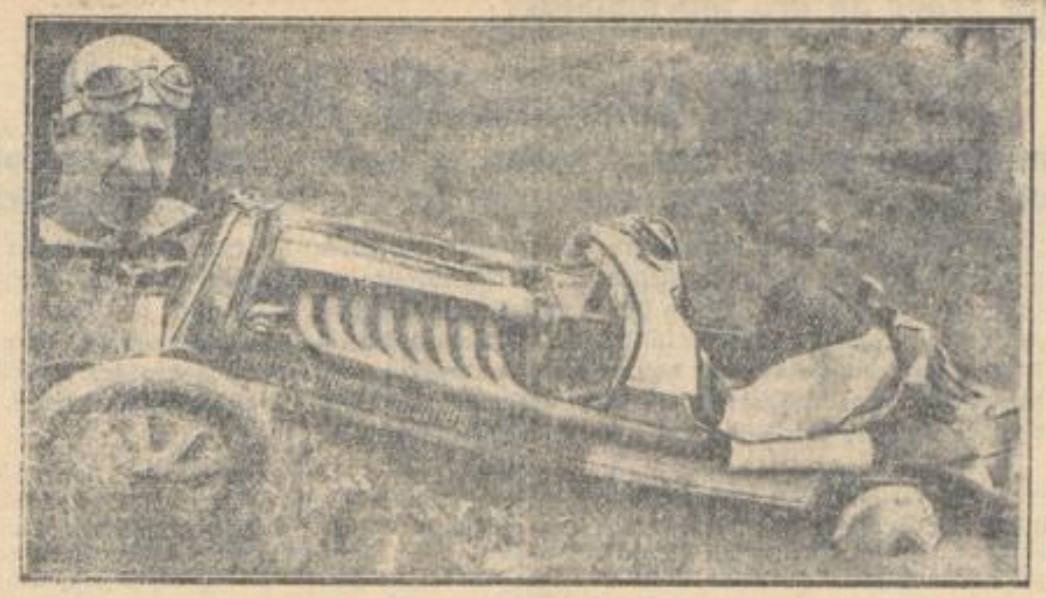
Prof. Piccard fügte hinzu, es sei ihm gelungen, seine Frau und seine Angehörigen, denen er — wie seinerzeit mitgeteilt wurde — versprochen hat, an keinem Aufstieg mehr teilzunehmen, von der absoluten Sicherheit seiner Berechnungen und des Ballonmaterials zu überzeugen. Er habe sich deshalb entschlossen, selbst mitzufliegen, damit man die Behauptung nicht aufstellen könne — wie dies verschiedentlich geschah — er schicke jemanden anderen, da er Angst habe.

Gastod 1932.

Berlin, 23. Mai. Ein 33 Jahre alter Kaufmann, seine Frau und ihr 12 Jahre alter Sohn wurden heute früh in ihrer Wohnung in Spandau mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Tat ist auf wirtschaftliche Not und starke Verschuldung zurückzuführen. Aus den hinterlassenen Briefen geht hervor, daß der Kaufmann in vollem Einverständnis die Tat begangen hat.

Wieder ein Soldatenselbstmord.

Am Montag zwischen 2 und 3 Uhr morgens erschoß sich auf dem Flugplatze des Fliegerregiments Nr. 2 in Olmütz der Gefreite des Fliegerregiments Franz Bymöstal. Als Beweggrund des Selbstmordes wird in der amtlichen Mitteilung unglückliche Liebe angegeben.



Todessturz des Rennfahrers Lobkowicz.

Das Rennen auf der Avus-Bahn forderte ein Todesopfer: der junge tschechische Fahrer Georg Christian Lobkowicz (im Ausschnitt) geriet mit seinem Wagen bereits in der ersten Runde ins Schleudern, überschlug sich und stürzte eine etwa vier Meter tiefe Böschung hinab. Der Fahrer wurde neben seinem vollkommen zertrümmerten Wagen tot aufgefunden.

Ein Pferdefuhrwerk von einer Lokomotive überfahren.

Am Montag hat sich in Weipert ein Verkehrsunglück ereignet, das sehr leicht auch Menschenleben hätte fordern können. Das Pferdefuhrwerk des Herrn Schaffer aus Weipert, auf dem der Besitzer und der Kutscher saßen, war unterwegs. Als es zum Bahnübergang inmitten der Stadt kam, waren die Schranken nicht herabgelassen. Der Kutscher wollte das Bahngleis überfahren; im selben Moment kam aber eine sächsische Lokomotive herangesaust, erfaßte das Fuhrwerk und zertrümmerte es vollständig. Der Kutscher und das Pferd wurden verletzt, der Besitzer des Fuhrwerkes blieb unverletzt. Der Sachschaden ist ziemlich groß. Eine Gerichtskommission, die sich an Ort und Stelle begeben hat, stellt die Schuldfrage fest. Als der Wagen schon am Bahngleis war, sah der Bedienstete erst, daß die Lokomotive herankommt. Er wollte noch rasch die Schranken herablassen, aber dazu war es schon zu spät.

Trotz Krise gut verdient.

Der Geschäftsabschluß der Mannesmannröhrenwerke A.-G. in Komotau für das Jahr 1931 weist einen Rohertrag von 24,730.917 K auf. Die Unkosten, Steuern und Abschreibungen betrugen 20,367.582 K. Der Reingewinn von über vier Millionen K erhöht sich durch den Vortrag aus dem Vorjahre auf 6,184.162 K. Der Generalversammlung wird eine sechsprozentige Dividende zur Ausschüttung vorgeschlagen werden. — Wie man sieht, haben die Mannesmannaktionäre trotz ärgster Krise auch im Jahre 1931 sehr schön verdient.

Die Lebensdauer der Banknoten. Der Motivenbericht zu dem neuen Kleingeldgesetz führt u. a. an, daß im Jahre 1931 nicht weniger als 26.4 Millionen Stück 10-Kronennoten und 16.2 Millionen Stück 20-Kronennoten als abgenützt aus dem Verkehr gezogen und vernichtet werden mußten. Eine Zehnkronennote hat eine durchschnittliche Umlaufsdauer von nur sieben, eine Zwanzigkronennote von 15 Monaten. Die Herstellungskosten dieser in einem einzigen Jahr vernichteten Banknoten beliefen sich auf nicht weniger als 4,089.519 Kronen.

Die 20-Kronenstücke aus Silber, die nach dem neuen Kleingeldgesetz ausgeprägt werden sollen, werden aus einer Mischung von 700 Teilen Silber und 300 Teilen Kupfer geprägt; ihr Gewicht wird 15 Gramm betragen. Von den übrigen Silbermünzen werden sie sich schon durch ihren Durchmesser von 34 Millimeter ziemlich unterscheiden, denn die 5-Kronenstücke haben nur einen Durchmesser von 27, die 10-Kronenstücke einen solchen von 30 Millimetern.

Das neue 25-Hellerstück, das nach dem neuen Kleingeldgesetz geprägt werden soll, wird aus derselben Mischung von 80 Teilen Kupfer und 20 Teilen Nickel bestehen, wie die bisherigen Münzen zu 20 und 50 Heller und die Kronenstücke; aus einem Kilogramm Münzenmetall sollen 250 dieser neuen 25-Hellerstücke geprägt werden. Die äußere Form der neuen Münze wird durch Regierungsverordnung bestimmt. Das neue Geldstück wird sich allerdings im Durchmesser (21 Millimeter) nur wenig von den 20-Heller- (20 Millimeter) und 50-Hellerstücken (22 Millimeter) unterscheiden, doch soll das Geldstück durch die größere Stärke, einen sehr groben Perlenrand und eine auffallend große Wertbezeichnung sowie durch das möglichst große Format des Wappens auf der Rückseite von den übrigen Münzen sicher unterschieden werden. Als Münzmetall stehen etwa 200.000 Kilo der alten, aus dem Verkehr gezogenen Nickel-5-Kronenstücke zur Verfügung, die für 50 Millionen Stück der neuen Münzen ausreichen.

Aus dem Krankenhause entlassen — dem Bezirksgerichte eingeliefert. Aus Saaz wird uns gemeldet: Vor zwei Wochen spielte sich in der Nähe von Netschenitz zwischen dem Elektromonteur Josef Holarek aus Laun und seiner Geliebten, der Josefine Soukal ein Drama ab, das insofern ein tragisches Ende nahm, als das Mädchen dem Revolverschuß erlag, den Holarek gegen sie abgefeuert hatte. Holarek, der sich ebenfalls eine Kugel in den Kopf gejagt hatte, wurde dem Saazer Krankenhaus eingeliefert, woselbst er nunmehr nach 14tägigem Siechtum soweit hergestellt werden konnte, daß seine Entlassung erfolgen konnte. Er wurde dem Bezirksgerichte eingeliefert, wo er sich wegen seiner Tat zu verantworten haben wird.

Eine romantische Entführungsgeschichte hat sich dieser Tage in Brüx zugetragen: ein siebzehnjähriges, verliebtes Mädchen verließ mit ihrem „Geliebten", einem ebenfalls kaum den Kinderschuhen entwachsenen Burschen, das Elternhaus, „um ganz der Liebe zu leben". Indessen dauerte das Idyll nur kurze Zeit, denn die geängstigten Eltern des Mädchens erstatteten bei der Polizei die Anzeige, und die sofort aufgenommenen Erhebungen führten zur Entdeckung der jugendlichen Ausreißerin in einem Gasthaus, woselbst sie ihr Freund einquartiert hatte. Die Kleine wurde nachhause, der Jüngling aber in eine Zelle gebracht, wo er sich von den Aufregungen des Abenteuers erholt.

Verhaftungen in Brüx. Bei einer Razzia der Brüxer Gendarmerie wurde der wegen Vergewaltigung eines 13jährigen Mädchens gesuchte Landstreicher Emil Augustin aus Sebnitz verhaftet. Bei der gleichen Gelegenheit konnte auch der langgesuchte Landstreicher Josef Schmiedl aus Schmiedeberg und die Anna Svoboda, die „wegen Auflaufs" gesucht wurde, verhaftet werden. Im Zusammenhange mit den Streikunruhen am 13. April wurden weiters festgenommen der Gießer Rudolf Tost und der 19jährige Erwin Neubert, die beide dem Gerichte eingeliefert wurden.

Mordversuch an der Geliebten. In Teplitz-Schönau hat sich gestern ein Liebesdrama abgespielt, durch das zwei junge Menschen in Lebensgefahr gebracht wurden. Der Maler Josef Görner unterhielt seit längerer Zeit mit der Näherin Frieda G. ein Liebesverhältnis, gegen das aber die Eltern des Mädchens Einwendungen erhoben. Görner kam am Dienstag vormittags um halb 9 Uhr in die im zweiten Stock gelegene Wohnung des Mädchens und fragte sie, ob sie das Verhältnis fortsetzen wolle. Als das Mädchen eine verneinende Antwort gab, zog Görner einen Trommelrevolver und gab auf das Mädchen sechs Schüsse ab, von denen zwei sie trafen. Sie wurde am linken Arm und an der linken Schulter ziemlich schwer verletzt. Görner flüchtete nach der Tat in die Parterre und trank dort eine Flasche Lysol aus, wodurch er sich schwere innere Verletzungen zuzog. Er wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Bei ihm fand man einen Zettel mit folgenden Worten: „Da die Eltern meiner Friedl den Verkehr nicht dulden, so äußerte sich das Mädel öfter, ich möchte sie und mich erschießen. Auch ich kann ohne sie nicht leben. Verzeihet die Tat." Man hofft, beide am Leben erhalten zu können.

Falschgeld in der Slowakei. Aus Sillein wird gemeldet: Zur hiesigen Gendarmerie wurde gestern ein Hundertkronenschein gebracht, den ein Silleiner Chauffeur am Sonntag von unbekannten Ausflüglern erhalten hatte. Der Hundertkronenschein ist eine ganz schlechte Fälschung. Wie sich herausgestellt hat, hat der gleiche Tourist auch einen falschen Fünfhundertkronenschein in Sillein angebracht, der die gleichen Kennzeichen trägt, wie die bisher aufgetauchten Falsifikate. Die Gendarmerie ist auf eine wertvolle Spur der Geldfälscher geraten. — In Nova Bana wurden einige falsche Kronenmünzen beschlagnahmt, deren Herkunft aber noch nicht geklärt ist.

Konkurs Kreuger. Ueber die Gesellschaften Kreuger und Toll, Sefor und Usa in Stockholm ist gestern mittags, ihrem Antrag entsprechend, der Konkurs verhängt worden. Zum Bevollmächtigten des Gerichtes wurde Rechtsanwalt Lagerström und zum interministeriellen Konkursverwalter Professor Fehr bestimmt. Die erste Gläubigerversamlung findet am 10. September statt. Bis dahin soll eine Uebersicht über die Konkursmasse ausgearbeitet werden.

Größenwahn. In dem stellvertretenden Bürgermeister im Kaschauer Rathaus Smrz kam ein unbekannter Mann und erklärte ihm, daß er der Bürgermeister sei, den sie suchten. Da es sofort klar war, daß es sich um einen Geisteskranken handelte, wurde um einen Angestellten des Institutes für Geisteskranke telephoniert. Der Unbekannte bat um Tinte und Feder, schrieb ein Gesuch, daß er zum Minister ernannt werde, schrieb Unterstützungen vor, setzte ein Dekret auf, in dem er den Diener des Bürgermeisters zum Ministerialsekretär und einen Beamten zum Regierungsrat ernannte. Dem Treiben des Geisteskranken wurde durch das Einschreiten der Angestellten des Institutes für Geisteskranke ein Ende gemacht, die ihn abführten. Es wurde in ihm ein Kaufmann aus Levoča festgestellt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.

Prag: 6.30 Gymnastik. 10.20 Schallplatten. 11.00 Orchesterkonzert. 12.05 Blasmusik. 18.00 Deutsche Sendung: Chorkonzert. 20.05 „König Oedipus", Schauspiel von Sophokles. — **Brünn:** 16.00 Orchesterkonzert. 18.00 Deutsche Sendung: Liederstunde. — **Berlin:** 16.30 Volkslieder. 19.10 Chorgesänge. 23.00 Wiener Tänze. — **Breslau:** 21.25 Volkstümliches Konzert. — **Langenberg:** 20.00 Beethoven. — **Leipzig:** 21.25 „Girls gesucht", Hörspiel. — **Mühlacker:** 20.00 „Die toten Augen" von d'Albert. — **Wien:** 15.50 Kammermusik. 20.35 Bruckner. 21.55 Tanzmusik.

Wetterkatastrophe. Verschiedene Teile von Süd- und Mittelengland sind durch Wolkenbruch heimgesucht worden. Mehrere Personen wurden getötet. Zum Teil regnete es 40 Stunden lang ohne Unterbrechung. An verschiedenen Stellen ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen. Weite Landbezirke, mehrere kleine Städte und zahlreiche Dörfer wurden überschwemmt. In Aibby bei Leicester mußte die Bevölkerung in den oberen Stockwerken der Häuser Zuflucht suchen. In Derby wurden hunderte von Kaufläden zerstört. Rugby war infolge gestörter Wasserversorgung ohne Trinkwasser. Der Sachschaden dürfte sich auf mehrere hunderttausend Pfund Sterling belaufen.

Eine hässige Großmutter. Aus Pedersam wird uns berichtet: Die Tochter der 47jährigen Arbeiterin Marie Türmer in Liebovitz hatte ein uneheliches Kind, das der Großmutter so sehr verhaßt war, daß es seinetwegen häufig zu Streitigkeiten im Haushalte kam. Dieser Tage nun beobachtete die junge Mutter, daß die Großmutter für das Kind Milch zum Trinken vorbereitete und dabei in verdächtiger Weise herummanipulierte, weshalb sie die Milch dem Kinde nicht zu trinken gab, sondern sie dem Kindesvater ausfolgte, der sie untersuchen ließ. Hiebei wurde festgestellt, daß die Großmutter in die Milch Lysol getan hatte, um den Säugling zu töten. Die Gendarmerie in Flöhau nahm die unnatürliche Großmutter fest und lieferte sie dem Pedersamer Bezirksgericht ein.

„Objekt Reinmut." Der Heidelberger Astronom Reinmut hat einen kleinen Planeten entdeckt, dessen Bahn in Sonnenferne außerhalb der Marsbahn, in Sonnennähe aber im Innern der Erd- und Venusbahn verläuft. Die genaue Strecke des langgestreckten Ellipsenweges wird noch errechnet. Abgesehen vom Mond dürfte das „Objekt Reinmut" der Erde zu Zeiten näher kommen als alle anderen Himmelskörper.

Die Hauptversammlung des Vereins der Lehrkräfte an deutschen Fachschulen für Frauenberufe fand am Pfingstsonntag unter Teilnahme vieler Mitglieder und Vertreter befreundeter Organisationen statt. Auf Einladung des Vereines sprach Dagmar Přibrda, der Leiter der Reformkommission für die Volks- und Bürgerschulen und Organisator des Versuchsschulwesens der Republik, zur Reform der Fachschulen als „Schulen der dritten Stufe". Seine Ausführungen gipfelten in der Idee der Zusammenfassung aller Schulen zur Einheitsschule und in der Differenzierung dieser Einheit durch Einführung des sogenannten Elektiv-(Auswahl-)Systems. Im Rahmen dieses Aufbauplanes müßten dann auch die Fachschulen ihren Platz finden. Die Ausführungen des Redners fanden in der folgenden Wechselrede lebhaften Widerhall. Aus dem Jahresbericht wäre hervorzuheben, daß der Verein neben der Wahrung der Rechte seiner Mitglieder sein Hauptaugenmerk darauf richtet, die Frauenfachschulen immer zur Grundlage und zum Mittelpunkt weiblicher Berufs- und Fachausbildung auszugestalten, um ihnen im Gesamtorganismus des staatlichen Schulwesens jene Bedeutung zu sichern, die dieser neue Schultypus im vollen Maße verdient.

Lemberger Technik geschlossen. Der Rektor der Technischen Hochschule in Lemberg hat eine Kundmachung erlassen, derzufolge die Schließung der Hochschule wegen der Studentenunruhen bis zur Wiederherstellung der Ruhe angeordnet wird.

Josef Karl Chomer-Künstler-Stiftung. Die Deutsche Sektion des Kuratoriums der Modernen Galerie wird zum drittenmal diese Reisestiftung vergeben. Jüngere Künstler aus allen Gebieten der bildenden Künste, in Böhmen geboren oder daselbst selbständig künstlerisch tätig, können bedacht werden. Zur Vergebung gelangt ein Betrag von 8000 K. Die Bewerber haben ihren Gesuchen die Zeugnisse über die erfolgreich zurückgelegten Kunstschulen beizubringen und auszuweisen, daß sie deutscher Nationalität sind. Ihre künstlerische Reife müssen sie durch Vorlage von Proben selbständiger Kunstleistungen darlegen und angeben, in welcher Weise sie das Stipendium zu verwenden gedenken. Die Gesuche sind an die Deutsche Sektion des Kuratoriums der Modernen Galerie, zu Handen des Herrn Dr. Josef Kislinger, Prag II., Na Strži Nr. 3, zu richten, wohin gleichfalls das Belegmaterial einzuschicken ist. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Juni 1932, zwölf Uhr mittags.

Die Arbeitslosenhilfe und die Agrarier.

Die Frage der Arbeitslosenhilfe ist nicht nur eine Angelegenheit der Arbeitslosen, der Arbeiter und Angestellten selbst, sondern eine Angelegenheit, an deren einigermaßen zufriedenstellender Lösung alle Bevölkerungskreise ein eminentes Interesse haben. Wie aber die Erfahrung lehrt, entstehen allen Bestrebungen, die auf eine zweckmäßigere Lösung dieser Frage abzielen, von einer Seite die heftigsten Widerstände, von der man es am allerwenigsten erwarten sollte, von agrarischer Seite.

Nach den Behauptungen der agrarischen Führer ist es mit der Arbeitslosigkeit nicht so schlimm, weil angeblich in der Landwirtschaft — ein Mangel an Arbeitskräften herrscht. Es handelt sich bei dieser Behauptung um ein altes Schlagwort, das heute wohl immer noch wiederholt, jedoch ohne innere Wahrheit ist. In Wirklichkeit besteht gar kein Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, im Gegenteil, es ist, so wie in der Industrie, wenn auch nicht in dem Ausmaße, tatsächlich ein Ueberschuß vorhanden. Hier wird ein durch die besondere Struktur der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufener Zustand wissentlich oder unbewußt falsch dargestellt.

Kein Landwirt kann bestreiten, daß sich die Lage jener Landbevölkerung, deren Existenz auf der Lohnarbeit beruht, im letzten Jahrzehnt außerordentlich verschlechtert hat. Die Existenzverhältnisse der Landarbeiter waren nie gut. Die fortschreitende Technisierung des landwirtschaftlichen Betriebes hat für den größten Teil der Landarbeiter den Nachteil mit sich gebracht, daß er viel weniger Arbeitsstunden im Jahre arbeiten kann, als es früher der Fall war. Außer den ständigen, dauernd beschäftigten Arbeitern, wie Kutschern, Fütterern, Melkern, Dienstboten benötigt der landwirtschaftliche Betrieb eine Anzahl von Arbeitskräften die eben nur zu gewissen Jahreszeiten, in die der Anbau, Schnitt oder Ernte fallen, zur Verfügung stehen. Die übrige Zeit des Jahres sind sie ohne Beschäftigung.

Daß bei solchen Arbeitsmethoden die Löhne gesenkt werden, liegt klar auf der Hand. Es ist ja sogar erwiesen, daß alle Jahre ein beträchtlicher Teil slowakischer Wanderarbeiter vorzeitig davonlaufen, weil sogar diesen bedürfnislosen Menschen die Löhne zu niedrig und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu schlecht sind.

Die Agrarier brauchen aber zur Durchsetzung ihrer speziellen Ansprüche dieses Schlagwort von dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und lassen sich deshalb nicht einmal von den anerkannten Agrarökonomen belehren.

Richtig ist gerade das Gegenteil von dem, was die Agrarier behaupten. Ich will nur einige wenige Beispiele anführen, die die Behauptungen der Agrarier ad absurdum führen und die unwiderleglich sind.

Ich habe mit Stichtag 18. Mai d. J. in den Agrarbezirken Saaz, Postelberg und Podersam folgendes festgestellt:

Bei der Arbeitsvermittlungsanstalt in Saaz hat nicht ein landwirtschaftlicher Arbeitgeber eine freie Stelle gemeldet. Es besteht also in diesem großen agrarischen Landbezirk überhaupt keine Nachfrage nach einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft.

Demgegenüber stehen aber 301 Meldungen arbeitsuchender landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, und zwar von 59 männlichen und 242 weiblichen Arbeitskräften.

Im Bezirke Postelberg schaut es ähnlich aus. Hier sind bei der Arbeitsvermittlungsanstalt wohl acht offene Stellen gemeldet. Aber es scheint, daß es sich hier nur um Scheinmeldungen handelt, denn, obwohl diese freien Stellen schon seit Monaten gemeldet sind, werden sie trotz wiederholter Zuweisung durch die Arbeitsvermittlungsanstalt nicht besetzt. Stellensuchende landwirtschaftliche Arbeiter sind am 18. Mai gemeldet: 20 Deputatistenfamilien, zwölf landwirtschaftliche Tagarbeiterfamilien und neun alleinstehende Frauen und Mägde. Die gemeldeten Arbeiter sind aber nur der geringere Teil der Arbeitsuchenden. Der Großteil ist überhaupt nicht gemeldet, weil er weder eine Arbeit noch eine Unterstützung erhält. Die arbeitslosen Landarbeiter befinden sich ständig auf Arbeitsuche und wandern von Ort zu Ort.

Unter solchen Umständen können Industriearbeiter an landwirtschaftliche Arbeitgeber überhaupt nicht vermittelt werden. Die gemeldeten freien Stellen bei der Arbeitsvermittlungsanstalt in Postelberg belaufen sich am 8. Mai auf zwei Stellen in der Industrie und auf die bereits erwähnten acht Stellen in der Landwirtschaft.

Diesen wenigen freien Stellen steht ein bedeutend höheres Angebot an Arbeitskräften gegenüber. Arbeitsuchende Arbeiter sind gemeldet insgesamt 279, und zwar 253 Männer und 26 Frauen.

Das gleiche Bild ergibt sich im Bezirke Podersam. Hier werden gesucht: zwei ledige Kutscher, ein Fütterer und drei Mägde. Diesen sechs Stellen stehen aber 146 arbeitsuchende Landarbeiter gegenüber, und zwar zehn Kutscher, 52 landwirtschaftliche Tagarbeiter, zwei Schweizer, zwei Fütterer und 80 Frauen und Mädchen. Die Gesamtzahl der gemeldeten freien Stellen beläuft sich auf insgesamt neun, davon sechs in der Landwirtschaft und drei in der Industrie. Die Gesamtzahl der stellungsuchenden Arbeiter beträgt 1050 Männer und 196 Frauen sowie sieben Lehrlinge.

Die genauen, der Wahrheit entsprechenden Zahlen sprechen wohl genug. Aus ihnen geht deutlich hervor, daß das ganze Geschrei der Agrarier bloßer Schwindel ist.

Es gibt keine Not an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, es besteht im Gegenteil ein Ueberschuß.

Die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter geht in die Tausende.

Unter solchen mißlichen wirtschaftlichen Existenzverhältnissen, in der die landwirtschaftliche Arbeiterschaft zu leben gezwungen ist, gewinnt die Arbeitslosenhilfe auch für sie immer größere Bedeutung und wird zu einer unabweisbaren Notwendigkeit.

Um so beschämender wirkt das rücksichtslose Verhalten der Agrarier. Wenn sie sich weigern, zu einem zu schaffenden Notfonds Beiträge zu leisten, so ist dies ein starkes Stück an Rücksichtslosigkeit und brutalem Egoismus. Wir verlangen, daß auch die Landwirtschaft zu ihrer vollen Beitragspflicht herangezogen wird und daß für die landwirtschaftlichen arbeitslosen Arbeiter das gleiche Recht statuiert wird, wie es für alle anderen Arbeiter gilt.

Johann Ubl.

Das erste sudetendeutsche Ledigenheim.

Ein neues Werk der sozialen Fürsorge in Fischern.

Karlsbads Nachbarstadt Fischern hat eine neue soziale Großtat vollbracht durch die Errichtung eines Ledigenheimes. Mit der Schaffung dieses Heimes hat sich die rührige und zielbewußte Verwaltung dieser Stadt ein dauerndes Denkmal gesetzt. Wenn man weiß, so schreibt der „Volkswille", wie sehr in der sozialdemokratischen Mehrheit in Fischern die Arbeit erschwert wird, wie sie wegen ihrer Arbeitslosenfürsorge angefeindet wird, wie ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge geradezu als Wohnungsbolschewismus bezeichnet wird, so muß man die

Zähigkeit und Ausdauer direkt bewundern, mit der die verantwortlichen Funktionäre der Stadtgemeinde Fischern es durchgesetzt haben, daß dieses schöne und edle Werk seiner Vollendung entgegengeführt werden konnte. Vergangenen Samstag wurde das Haus seiner Bestimmung übergeben. Am Rande der Stadt, auf einer Anhöhe gelegen, wirkt es architektonisch als ein wuchtiger, in der Linienführung einfach und nüchtern gehaltener Monumentalbau, der schon von weitem den Blick des Beschauers zu bannen vermag.

Zur Eröffnungsfeier hatten sich ist dem zu ebener Erde des Hauses gelegenen geräumigen Speisesaal eine größere Zahl interessierter Gäste, Stadtvertreter, Behörden-, Gemeinde- und Pressevertreter, Vertreter der Baufirmen und Bauhandwerker eingefunden.

Bürgermeister Sacher

würdigte nach einer herzlichen Begrüßung mit einer längeren Ansprache die Entstehung und Zweckbestimmung des Hauses, verwies bei seinen Ausführungen mit Recht darauf, daß die Schöpfung des Hauses der Not unserer Zeit entsprungen sei, aber auch das soziale Verantwortungsgefühl beweise, das die Fischerner Stadtvertretung in ihrer Mehrheit durch die Errichtung dieses Werkes an den Tag gelegt habe. Nicht nur denen, die in diesem Hause Zuflucht und Schutz suchen werden — so fuhr Redner fort —, wurde ein Werk höchster Nächstenliebe geschaffen, sondern auch den Arbeitslosen in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not Brot und Arbeit geschaffen.

Mehr als 20 Millionen Kč hat in den letzten zwei Jahren die Stadtgemeinde Fischern einschließlich der Ausgaben für das Sparkassengebäude für Bauten und produktive Arbeitslosenfürsorge ausgegeben.

Abschließend dankte der Redner dem Ministerium für soziale Fürsorge für die Staatssubvention, die den Bau eigentlich erst ermöglichte, ferner den Geldanstalten für die Beistellung der erforderlichen Mittel. Sacher schloß seine mit reichem Beifall belohnten Ausführungen mit dem Wunsche, daß alle Insassen dieses Hauses den Frieden und das Heim finden mögen, das ihnen bisher das Leben vorenthalten hat.

Hierauf sprachen noch der Architekt Siechert, der Schöpfer des Projektes, und Ing. Fischer als Vertreter der ausführenden Baufirma. Dieser hob dabei hervor, daß der Bau ohne den geringsten Unfall zu Ende geführt werden konnte, worauf Stadtrat Massopust als der Fürsorgereferent der Gemeinde das Haus in seine Verwaltung nahm.

Die Einrichtung des Hauses.

Das Gebäude besteht aus dem Souterrain, dem Hochparterre und drei Stockwerken. Im Souterrain befindet sich eine auf das modernste eingerichtete Zentralküche, von der durch einen Speiseaufzug die Speisen in die Küche im Hochparterre hinaufgeführt werden können, eine Verwalterwohnung, bestehend aus Küche, Zimmer und Zugehör, ein Krankenzimmer für Infektionskranke, drei Badezimmer für das Personal, der Heizraum mit einer ganz modernen Heiz- und Kesselanlage sowie eine Zentralwaschküche, die es gestattet, daß die Wäsche einer zweiköpfigen Familie in vier Stunden fix und fertig gewaschen und gebügelt herausgetragen werden kann. Auch eine moderne Kühlanlage ist neben der Küche vorgesehen, und auf den Personenaufzug, der den Souterrain bis hinauf zum dritten Stock verbindet, soll nicht vergessen sein.

Im Hochparterre gelangt man über eine vorgelagerte freie Terrasse zu den Haupteingängen für Männer und Frauen; durch die Haupteingänge kommt man in zwei Hallen, von denen im Mitteltrakt das Portierzimmer, der Versuchsraum und die Stiegenhäuser sowie der gemeinsame Speisesaal, der zwölf Meter lang und sechs Meter breit ist, zugänglich sind. In den beiden linken und rechten Seitentrakten befinden sich acht zweibettige und vier einbettige Schlafzimmer, zwei Tagesräume und zwei Loggien; über einen direkt belichteten Gang gelangt man zu den Toiletten, Waschräumen und Badezimmern.

Im ersten Stock sind vier einbettige, acht zweibettige und zwei vierbettige Schlafzimmer, zwei Tagräume mit Loggien, zwei Toiletteanlagen mit Wasch- und Badezimmer, zwei Teeküchen sowie ein Aerztezimmer mit Apotheke untergebracht. Dieselbe Anordnung findet auch auf den zweiten und dritten Stock Anwendung. Das Dach wird durch eine über die gesamte verbaute Fläche reichende Terrasse gebildet, welche als Liegestätte für Sonnenbäder benützt werden soll. Insgesamt sind 51 Zimmer mit 102 Betten vorhanden. Alle Räume sind direkt belichtet und erscheinen trotz ihrer Einfachheit und Schlichtheit recht freundlich.

Dem Hause vorgelagert liegt ein in drei Terrassen ansteigender Garten, der ganz wundervoll das Gesamtbild des Bauwerkes ergänzt und den Insassen eine ideale Stätte der Erholung und Erfrischung bieten wird. Die Größe dieses herrlichen Gartens erhellt daraus, daß das Grundstück, auf dem das Haus erbaut wurde, 10.000 Quadratmeter umfaßt, von denen nur 700 Quadratmeter verbaut wurden.

Unseres Wissens ist es

das erste Heim derartiger Zweckbestimmung, das durch eine Kommune auf sudetendeutschem Boden geschaffen wurde.

Daher kommt dem Fischerner Ledigenheim auch eine besondere Bedeutung zu. Die großen Städte ziehen viele ledige Menschen an, die fern von ihrer Heimat und Familie Brot und Erwerb und auch eine Wohnung suchen müssen. Dieser Zwang treibt sie recht oft in die Arme von Wohnungswucherern und setzt sie den sittlichen und moralischen Gefahren des Bettgeherwesens aus. Diese Sorgen soll den jungen Menschen, die der Fürsorge der Familie entbehren müssen, durch die Einrichtungen des neuen Heimes gewonnen werden. Aber nicht nur Wohnung, sondern auch Verpflegung werden die Insassen erhalten. Schon in den nächsten Tagen werden 50 junge Menschen in das Heim einziehen.

Außer den ledigen, schutzbedürftigen Personen wird aber das Heim auch den alten, hilfsbedürftigen Gemeindebürgern Zuflucht bieten und die Möglichkeit schaffen, daß diesen Menschen ein sorgenloser Lebensabend bereitet werden kann. Hat doch die Gemeinde Fischern bereits jetzt für 176 Personen in der sogenannten offenen Fürsorge zu sorgen. Durch das neue Heim ist also der Gemeinde Fischern genügend Gelegenheit geboten, auf dem Gebiete ihrer sozialen Fürsorge einen entsprechenden Fortschritt zu tun und zur geschlossenen Fürsorge überzugehen, was nach vieler Hinsicht Vorteile bietet.

Abschließend kann man also mit Fug und Recht sagen: Die Fischerner Gemeindeverwaltung hat in schwerster Zeit unter mannigfachsten Hemmnissen ein Werk geschaffen, das sich sehen lassen kann und das sich für Generationen hinaus segensreich nutzbar machen wird! Der Geier der Fürsorgefeinde und der Neid und Haß übler Hakenkreuzdemagogen werden dieses Denkmal sozialer Hilfsbereitschaft aus dem Bewußtsein der Menschen nicht austilgen können, und wenn der Blick durch Parteihaß nicht ganz getrübt ist, wird ihm wohl oder übel die verdiente Reverenz erweisen müssen. Für andere Gemeindewesen mag dieses schöne Heim ein Ansporn zur Nachahmung sein!

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt), bürsten Sie Ihre Zähne nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mißfarbene Zahnbeleg ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpaste. Tube Kč 4.— und Kč 6.—.

Gerichtssaal

Das Risiko der Gesundheitshelfer.

Frau Simm klagt Arzt und Pflegeschwestern auf 40.000 Kronen!

Prag, 24. Mai. Der Kenner des Gerichtssaales weiß, daß jedem Prozeß ein gewisses unbestimmtes und unbestimmbares Fluidum anhängt, das sich des Zuhörers gleich in den ersten Prozeßstadien bemächtigt und ihn instinktiv zu seiner Einstellung zwingt. Das Odeur, das dieser Prozeß um sich verbreitet, ist nicht angenehm.

Frau Marie Simm, die Gattin des nationalsozialistischen Abgeordneten Hugo Simm, prozessiert mit einem Arzt und einigen Pflegeschwestern, von denen sie einen Schadenersatz für vermeintliche Behandlungsfehler verlangt. Nach der Aeußerung ihres Anwaltes beläuft sich die geforderte Entschädigung auf etwa 40000 Kronen. Derartige Angelegenheiten sind und bleiben bedauernswert, ohne Rücksicht auf die beteiligten Personen. Wir befassen uns mit dem Fall nur um seiner prinzipiellen Bedeutung willen.

Vor dem Strafbezirksgericht sitzt auf der Anklagebank ein deutscher Arzt, Inhaber eines Sanatoriums, in dem die Damen der „besseren" Kreise ihre Nachkommenschaft zur Welt bringen. Ferner ist eine deutsche Geburtsassistentin, die im Dienste des Instituts stand, angeklagt und eine deutsche Pflegeschwester, die durch ihren Anwalt vertreten wurde und nicht persönlich erschienen war. Bei allen drei Angeklagten handelt es sich um eine Anklage wegen der Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit und diese Anklage beruht wieder auf einer Strafanzeige der Frau Simm. Diese Strafanzeige aber wurde im Verlaufe eines Zivilprozesses erstattet, der über den Schadenersatzanspruch der Frau Simm entscheiden sollte.

Frau Simm hatte damals das Sanatorium aufgesucht und eine außergewöhnlich schwere Entbindung zu überstehen gehabt. Sie schwebte zwischen Tod und Leben und Arzt und Pflegepersonal bemühten sich auf jede Weise, sie über die kritischen Momente hinwegzubringen. In einer solchen Krise bekam sie Thermophoren (Wärmeflaschen) aufgelegt, die so heiß gewesen sein sollen, daß sie Verbrennungen dritten Grades erlitten haben soll. Daraus wurde eine Schadenersatzklage auf 40000 Kronen. Im Zuge dieses Verfahrens brachte man dann noch zur Sicherheit eine Strafanzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen alle möglichen Beteiligten ein, denn eine strafrechtliche Verurteilung ist ja bekanntlich Goldes wert, weil sie billig und verhältnismäßig rasch zum Ziele führt. Das Zivilgericht ist ja an das verurteilende strafrechtliche Urteil gebunden.

Nun wurden alle Beteiligten durch endlose Einvernahmen gezerrt, wie sich aus der Aktenverlesung ergab. Nach endlosen Verhören kam die Sache endlich vor das Bezirksgericht, vor dem sich nun der Anstaltsarzt und zwei Pflegerinnen zu verantworten haben.

Bei der heutigen Verhandlung erklärte der Arzt die damalige Situation. Die blutarme und furchtbar geschwächte Patientin sei bereits „mehr drüben als hier" gewesen, der Puls begann auszusetzen. Da legte man die Thermophoren an. Obwohl sie nach Vorschrift umwickelt waren und außerdem nicht auf die nackte Haut, sondern auf einen Verband aufgelegt wurden, entstanden dennoch Brandwunden, weil das Hautgewebe der Patientin infolge ihrer Blutarmut wenig widerstandsfähig war. So viel scheint klar, daß der Arzt in einer verzweifelten Situation erfolgreich das Leben der Patientin zu retten versuchte. Es kam zu einigen Brandwunden und in weiterer Folge zu der Klage auf 40.000 Kronen, zu der Strafanzeige usw.

So kamen denn auch die Pflegeschwestern zum Handkuß, obzwar bei diesen sicherlich keine 40.000 Kronen zu holen sind. Was diese betrifft, ist die Sache völlig unklar. Mit Recht hält der Richter dem Anwalt der Frau Simm vor, warum denn die Strafanzeige erst nach anderthalb Jahren erstattet worden sei?! Man hörte treffliche Begründungen. Was nichts an der Tatsache ändert, daß sich heute keiner der Beteiligten mehr an Details erinnern kann.

Immerhin wird der beklagte Arzt und Sanatoriumsinhaber keine Ursache haben, einen Prozeß durchzuführen, der seinem Ruf schaden und seine Klienten stutzig machen könnte. Man wird sich wohl ausgleichen.

rb.

PRAGER ZEITUNG.

Der Reisende im Viehwagen.

Es kommt die Prager holde Sommerszeit; und damit das Vergnügen, zugleich mit vielen Tausenden von der Staatsbahn in Viehwagen zu den Ausflugsorten und zurück befördert zu werden. Boshafte Leute behaupten, daß die Ausflugsviehwagen dem Gesicht der Zeit entsprächen; sei dem wie es wolle, in den sonstigen Departements der Staatsverwaltung wird auf dergleichen Deutlichkeit kein besondrer Wert gelegt. Dagegen werden in Prag die proletarischen Ausflügler im Viehwagen befördert. Weder Wien noch Berlin müssen zu derartigen Notmaßnahmen greifen, haben dafür aber eben auch weniger Militärfliegerei mit Unglücksfällen und fast keine Kasernen. Der Transport der Sonntagsausflügler wird von der Staatsbahn als Last empfunden und quasi gezwungen erledigt; wenn nicht genug Personenwagen vorhanden sind, dann ist nicht einzusehen, warum man Tausende für den Preis einer Personenzugskarte im Viehwagen transportieren darf. Hier beginnt eine kommerzielle Praxis der öffentlichen Institutionen, die sich ein Privater ohne energische Differenzen mit der öffentlichen Hand nicht erlauben dürfte: wenn schon Menschen im Viehwagen, dann besondere Vieh-Menschen oder Menschen-Viehtarife. Aber die Art der Eisenbahnverwaltung, für das gleiche Geld stehen oder stehend, im oder ohne Schmutz, in Personen- oder Viehwagen ohne Türen zu befördern, stimmt bedenklich, wenn man die Normalbegriffe von Pflicht der Verwaltung gegen die Oeffentlichkeit im Auge hat. —wl—

Die Ausflugszüge nach Rakonitz am 26. Mai und nach Bad Gießhübel sowie dem Milleschauer sind gesichert und werden bestimmt fahren. Fahrkarten werden bei der Kasse Nr. 13, Masaryk-Bahnhof, ab Mittwoch, dem 25. ds., 10 Uhr vorm. ausgegeben werden.

Einen Sonderausflugszug nach Karlsbad fertigt die Staatsbahndirektion Prag-Nord Sonntag, den 5. Juni, zum Preise von 85 K ab. Im Preise inbegriffen sind Hin- und Rückfahrt mit Schnellzug und Verpflegung, Versicherung usw. Nachmittags können die Teilnehmer gegen einen Aufschlag im Autocar St. Joachimstal, Gießhübel-Sauerbrunn oder Elbogen besuchen. Anmeldungen nimmt die Kasse 13 auf dem Masaryk-Bahnhof entgegen.

Kunst und Wissen

Maifestspiele des Aussiger Stadttheaters.

Die künstlerische Tat dieser Aussiger Maifestspiele ist bedingungslos anzuerkennen. Denn es gehörte ebenso viel Mut wie Können dazu, mit beschränkten künstlerischen Mitteln zwei festliche Opernabende ins Werk zu setzen, die einem der schwierigsten Werke der Opernliteratur gewidmet waren: Richard Wagners „Walküre" dem zweiten musikdramatischen Teile der grandiosen „Nibelungenring"-Tetralogie. Aber es ist beschämend für den Kunstverstand des Aussiger Theaterpublikums und — dies muß offen gesagt werden — eine Kulturschande, daß das für eine Stadt wie Aussig sicher bedeutende künstlerische Ereignis einer zweimaligen festlichen „Walküre"-Aufführung bei den Aussiger Theaterfreunden so wenig Verständnis und Anteilnahme fand. Es macht, bedenkt man die Teilnahmslosigkeit der Aussiger ihren Maifestspielen gegenüber, den Eindruck, daß die sudetendeutschen Provinzspießbürger nur mit schönen Worten für die deutsche Kunst eintreten, sie aber in der Tat, selbst wenn es sich um Wagner handelt, im Stiche lassen.

Dabei hatte die Aussiger maifestliche Aufführung der „Walküre" ganz beachtliches künstlerisches Niveau. Was aber nicht etwa nur den hervorragenden Solisten zu danken war. Kapellmeister Hans Georg Schick hat als ihr musikalischer Bereiter und Leiter sogar wirkliches Aufsehen erregt und Fähigkeiten geoffenbart, die ihn für einen größeren Wirkungskreis empfehlen. Seine Interpretation war nicht nur von liebevollster Sorgfalt getragen, sondern auch von miterlebender innerlicher Hingabe an das Werk. Daß ihm die musikalische Steigerung von Akt zu Akt gelang, daß er sein braves Orchester, das sozusagen in solistischer Besetzung einzelner Instrumentengruppen spielte, immer für Begeisterung und Stimmung sorgen, kann nicht lobend genug betont werden. Auch die szenische Kunst Friedrich Ammermanns durfte sich sehen lassen; mit bescheidenen, aber geschmackvollen Mitteln hatte sie stimmungsschöne, an unsere Prager „Ring"-Inszenierung anklingende Szenenbilder geschaffen.

Drei fremde Solisten waren zur Mitwirkung gewonnen worden, der Aufführung die besondere festliche Weihe zu verleihen. Unter ihnen ist die Karlsruher Heroine Frau Reich-Dörich an erster Stelle zu nennen, weil sie die geschlossenste künstlerische Leistung bot. Ihr blühender, steghafter Sopran prädestiniert sie für die Brünnhilde, vermag sich dank vorbildlicher Gesangskultur allen dynamischen Erfordernissen der Partie anzupassen, klingt nicht nur im strahlenden Forte edel und überzeugend, sondern bestrickt auch im Piano durch Weichheit und Beseeltheit des Tones und wird in Farbe und Ausdruck allen lyrischen und dramatischen Momenten der Partie vollkommen gerecht. Ergreifendes, von stärkster Ausdrucksintensität getragenes Spiel erheben ihre Leistung (Todesverkündung, Rechtfertigungsszene) zu erschütternder und rührender Größe. Der zweite bedeutende Festgast der Aufführung war Jaro Prochaska als Wotan, den bei dieser Gelegenheit zu hören besonderes Interesse bot, da er im nächsten Jahre dem Prager Deutschen Theater als Heldenbariton angehören wird. Er imponierte vor allem durch seine stimmlichen Quantitäten. Ein dunkler Bariton von fast baßartiger Färbung, echt heldisch und ehern im Klang, dabei wohlgepflegt und zu edler Schönheit gebändigt im Piano. Ein Sänger auch von musterhaft klarer Deklamation, ein intelligenter und persönlicher Darsteller. Weniger befriedigt hat der dritte Gast, der Leipziger Heldentenor Fritz Zohsel, dessen Stimme wenig Farbe und Schmelz besitzt und dessen mimische Kunst kalt läßt. Unter den mitwirkenden Solokräften des Aussiger Theaters ragte Frl. Grete Scheibenhofer als Sieglinde hervor. Zwar ist sie darstellerisch noch sehr konventionell und unbeholfen, aber ihre schöne und große Sopranstimme berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Auch das zum großen Teil aus kunstbegeisterten Dilettantinnen zusammengesetzte Walküren-Ensemble verdient rühmlichst genannt zu werden. Alles in allem: Ein genußreicher, stimmungsvoll und festlich wirkender Opernabend, der beim Publikum begeisterte Aufnahme fand, das die Hauptdarsteller und den Dirigenten immer wieder vor den Vorhang rief. E. J.

Arbeitslose spielen Theater.

Das Dresdner Kabarett „Die Roten Ratten".

Ein halbes Hundert Dresdner Arbeitsloser hat eine Schauspieltruppe gegründet „Die Roten Ratten". In drei bis vier Ensembles treten diese Burschen und Mädel auf, spielen politisches Kabarett, satirische Revuen und Einzelszenen und machen dabei erstaunlich lebendiges, unterhaltsames und — sieht man von manchem noch roh Behauenem ab — geistig recht kultiviertes Theater. In Krochwitz (Bodenbach) haben sie dieser Tage mit ihrer Revue „Adolf, der Hitler" gastiert. Sechshundert deutschböhmische Arbeiter und Arbeiterinnen waren trotz übervollem und glutheißem Saal begeistert.

Da steht man auf primitiver Stilbühne Adolf, wie er in Wien beim Bau handlangert und sich vom „Pöbel" absondert, wie er dann herausgeschmissen wird und dem Marxismus flucht; zweites Bild: Adolf nimmt Unterricht bei einem Hofschauspieler; und so geht es weiter: Adolfs Braune Woche; Adolf träumt, er regiere das Dritte Reich, die Harzburger usw. Die Masken werden mit den einfachsten Mitteln, aber meist frappant ähnlich oder doch charakteristisch gezeichnet, schwierige szenische Fragen durch die bühnenwirksamsten Einfälle gelöst. Mancher Witz ist kostbar, in seinem tieferen Sinne. Geschickt werden kleinere Couplets nach bekannten Melodien eingestreut, so ein Couplet „Die Juden sind an allem schuld" nach der Musik des Auftrittsliedes der Carmen, ein anderes vom raffenden und vom schaffenden Kapitalisten nach Humperdincks „Sagt, wer mag das Männlein sein". Adolf selbst singt ein Trommlerlied von stärkster Wirkung, tanzt mit Hugenberg einen Step und einen Apachentanz. Die Revue schließt mit einer symbolischen Szene von großer rhythmischer Kraft, in der sich Gesang und Spiel zu mitreißendem Schwunge erheben.

Das Beispiel der „Roten Ratten" verdient Nachahmung. Nicht nur im Interesse des politischen Kampfes, vielleicht ebensosehr in dem eines sterilen Theaters, das von unten auf erneuert sein will, von Menschen, die gerade, weil sie noch nichts von der Problematik des Theaters gehört haben, sein Wesen begreifen und seine Probleme eben spielend lösen! Vielleicht gelingt es, die „Roten Ratten" im Spätsommer zu einer größeren Tournee zu gewinnen und ihrem Beispiel Nachfolger zu gewinnen, die wir brauchen (bis auf Aussig, wo wir ja eine ausgezeichnete Truppe haben). E. F.

Philharmonie bringt Strawinsky. Ein Wort über die Prager Programmpolitik muß aus diesem Anlaß gesagt werden; die tschechische Philharmonie, wohl eines der sehr guten Orchester Europas, hat sich heuer zwecks Sanierung der Finanzen der Konzertdirektion Bel-Canto verschrieben, die vor allem „Repräsentationskonzerte" einführte mit einem Programm, das zwischen Glinka und Brahms pendelte. Wenn nicht der Name eines bedeutenden Dirigenten das Publikum blendete, waren die kurzen Konzerte denkwürdig schlecht besucht und das Experiment der neuen kapitalistischen Programmpolitik, die nur längst erprobte und darum kassensichere Stücke riskieren will, ist gescheitert. Von den normalen, ohne große Reklametrommel angekündigten Konzerten waren am besten besucht: Scheidler mit einem Prokofjeffprogramm und Malko mit Strawinsky; es zeigt sich eben, daß in Prag auch noch Boden ist für Werke über Klassik und Romantik. Damit wird hoffentlich für die Philharmonie das Interregnum der Konzertdirektion endgültig erledigt bleiben. Malko dirigierte in seiner temperamentvollen, etwas klobigen Art Igor Strawinskys „Sacre du printemps" (Das Frühlingsfest), ein Werk, das im Jahre 1931 in Paris vom Djaghilefballett uraufgeführt wurde. Der reinen Konzertwiedergabe fehlt zum Verständnis die tänzerische Deutung kaum; die satten Klangfarben des Orchesters, die interessanten Tänze, eigenwilligen Rhythmen, die sich zu hinreißendem Taumel steigern, lassen es unverständlich erscheinen, daß dieses Werk im Jahre 1924 in Wien (allerdings von Schalk zu temperamentlos gebracht) einen Konzertskandal verursachen konnte. Jedenfalls ist es staunenswert, wie zeitnahe diese Musik aus dem heidnischen Rußland, wie sie Strawinsky nennt, noch heute ist. Malko hatte verdient begeisterten Beifall und es wäre höchste Zeit, ihm endlich die Führung der Philharmonie anzuvertrauen. W. Lg.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, halb 8 Uhr (Bautheamten I und II): „Spuk im Schloß." — Donnerstag, halb 8 Uhr: Premiere: „Wie man Vater wird" (183—III). — Freitag, halb 8 Uhr: „Madame Butterfly (186—II). — Samstag, halb 8 Uhr: „Wie man Vater wird" (184—IV). — Sonntag, halb 8 Uhr: Premiere: „Die Kaiserin." — Montag, halb 8 Uhr: „Frau Warrens Gewerbe" (185—I).

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, halb 8 Uhr: Schnitzler-Wildgans-Feier: „Anatols Größenwahn", „Die überspannte Person", „In Ewigkeit Amen" (Abonn.). — Donnerstag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Theaters der Wiener Komiker. — Freitag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Theaters der Wiener Komiker. — Samstag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Theaters der Wiener Komiker. — Sonntag, halb 8 Uhr: „Wie man Vater wird" (Abon.). — Montag, halb 8 Uhr: „Morgen gehts uns gut" (Abon.).

Bezirksorganisation Prag
der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Heute, Mittwoch, 25. Mai, 8 Uhr abends im kleinen Urania-Saal, Prag II., Smečky 28,

Diskussionsabend
„Nach den europäischen Wahlen"

Das einleitende Referat hält Gen. Dr. Emil Franzel. Schriftliche Einladungen erfolgen nicht.

Die Bezirksvertretung.

Vorträge und Veranstaltungen

Landesschulheime. Am 27. Mai findet um 8 Uhr abends in der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Prag III., Karmelitska ein Vortrag über Landesschulheime mit Film- und Lichtbild-Vorführungen durch Prof. Karl Mehner-Leitmeritz und Dr. Walter Simon-Aussig statt. Alle Interessenten werden höflichst zum Besuche eingeladen. Eintritt frei. Der Vortrag wird veranstaltet vom neugegründeten Gemeinnützigen Verein für Jugendsiedlungen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Nürnberg-Ost — deutscher Fußball-Bundesmeister.

Cottbus 93 4:1 (3:0) geschlagen. — 10.000 Zuschauer im Nürnberger Stadion.

Das 13. Endspiel um die Fußballmeisterschaft des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes gehört der Geschichte an. Daß es sich würdig seinen Vorgängern anreihte, dafür gebührt Nürnberg-Ost und Cottbus 93 uneingeschränktes Lob, nicht minder aber auch dem beifallsfreudigen Nürnberger Sportpublikum. Das Spiel verlief ja, wie es im Arbeitersport eigentlich selbstverständlich ist, ruhig, sehr fair und doch nicht ohne Spannung, kurzum ein Werbespiel im besten Sinne des Wortes. Allerdings, und das muß auch ausgesprochen werden, war das Spiel kein Nervenkitzel für fanatisierte Fußballanhänger, weil die Spielweise von Cottbus nicht den Einsatz aller körperlichen und geistigen Kräfte verlangte. Daß diese die sieggewohnten Nürnberger nicht zur Hergabe ihres vollen Könnens zwangen, war vorauszusehen. Wo bleiben die Beispiele fairen Verhaltens bei ähnlich wichtigen Treffen des bürgerlichen Sport?

Die Mannschaften wurden beim Erscheinen lebhaft begrüßt. Die Internationale wurde gespielt. Die Cottbuser erschienen bei Spielbeginn etwas schüchtern. Es hatte den Anschein, als hätten sie allzu viel Respekt vor der Spielweise der Nürnberger, während die Nürnberger ganz selbstverständlich vom Anfang an zu ihrem gewohnten süddeutschen Flachpaß übergingen. Cottbus mußte zeitweise stark verteidigen. Einzelne Vorstöße ihrer Sturmmitte und vor allem ihres Rechtsaußen verliefen ergebnislos. Gegen Ende der ersten Halbzeit wurden die Kampfhandlungen lebhafter und dann fielen auch die Tore für Nürnberg. In der zweiten Spielhälfte konnten die Cottbuser vorerst einen in greifbare Nähe gerückten Torerfolg nicht verwerten. Sie spielten zu übereifrig und waren fast am Ende ihrer Kraft. Nürnberg-Ost stellte dann das 4:0-Ergebnis her. Wenige Minuten darauf geschah das Unerwartete: Cottbus schoß das Ehrentor.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung soz. Akademiker. — S. J. II. Heute beteiligen wir uns an der Veranstaltung der Partei: Gen. Dr. Franzel: „Nach den Wahlen." Kleiner Uraniasaal, 8 Uhr. — Freitag: Fortsetzung der Diskussion mit der „Marxistischen Arbeitsgemeinschaft".

Rote Falken, Prag. Donnerstag, 26. Mai, Ausflug ins Berauntal. Treffpunkt 7 Uhr Endstation der 5er Elektrischen in Hlubočepy. Tagesproviant und Beisen mitnehmen. Nachtwanderung entfällt!

55

Gericht.

Roman von Stefan Pollatschek.

Der Mann lebe nun mit Frau und Kindern in einem Kabinett, könne das tägliche Brot nicht verdienen, habe vor einiger Zeit einen Selbstmordversuch begangen, der aber mißglückt sei, der Mann sei zum Leben erweckt worden, nun auch noch schwer krank und lebe von dürftigen Almosen. Was den Abstieg von Existenzen anlange, meinte nun der Gesprächspartner des Reisenden, könne auch er eine Geschichte erzählen. Einer seiner Freunde (er nannte den Namen) war ehemals ein angesehener Bankdirektor gewesen, der ein Mädchen aus sehr reicher Familie heiratete, ein Stadthaus, eine Villa in der gartenreichen Vorstadt und Auto besaß und von allem Luxus umgeben war. Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß der Mann nicht nur um seine Stellung und seinen Reichtum kam, sondern daß auch die Familie seiner Frau vollkommen verarmte. Heute arbeite der ehemalige Bankdirektor als Fleischhauergehilfe, sei von fünf Uhr morgens bis zum späten Abend tätig, baute mit seiner kränklichen Frau und zwei Kindern in einer Mansardenwohnung und friste sein Dasein von dem kümmerlichen Lohn eines Fleischergehilfen.

Bürger hörte mit geschlossenen Augen dieser Erzählung zu. Schrecklich, dachte er, schrecklich, was Menschen erleiden! Wieviel Qualen erdulden solche Menschen und wofür? Dieser Bankdirektor, Bürger sah ihn plötzlich leibhaftig vor sich, lebend und atmend — warum lebt er? Um zu essen, zu trinken, zu schlafen und wieder von vorn zu beginnen? Aus Trägheitsgesetzen? Oder diese Frau? Bürger sah sie: Groß, schlank, verwöhnt, abgehärmtes, eingefallenes Gesicht. Nun, was war der Grund, der sie am Leben erhielt? Der Mann, die Kinder? Welches Phantom narrte die Arme? . . . Bürger schloß die Augen. Die Bewegungen des Zuges bewirkten, daß er in eine Art Halbschlaf verfiel.

Er sah lange Ketten von Menschen, die nach einer eigenen fürchterlich eintönigen Melodie hintereinander herschritten. Der Vordermann wurde stets von dem hinter ihm Stehenden mit einem starken Knotenstock auf den Kopf geschlagen und fiel hin. Der Hintermann schritt über den am Boden liegenden Menschen hinweg, wurde auf diese Art Vordermann, und wurde wieder von dem hinter ihm Schreitenden mit demselben dicken Knotenstock zu Boden geschlagen. Endlos war die Reihe der Menschen, und aus allen Ecken und Enden strömten sie herbei, um sich dem Zuge anzuschließen . . . Als Bürger die Augen aufschlug, war es später Abend. Das Coupé war notdürftig beleuchtet. Der Reisende saß noch immer ihm gegenüber, dessen Begleiter aber war inzwischen ausgestiegen. In der anderen Ecke lag, die Beine weit von sich gestreckt, ein alter Mann. Sein Antlitz war von Sorgen zerfurcht, sein Atem ging rasselnd, stoßweise wie der eines Herzkranken. Bürger erhob sich, schritt vorsichtig über die Beine des Schlafenden und begab sich auf den Gang. In dem Abteil nebenan gewahrte er zwei Menschen in heftiger Umarmung. Alles hat seinen Zweck und seine tiefere Ursache, dachte Bürger, den das Bild der Bankdirektorsfrau nicht verlassen wollte, alles hat wohl seinen Zweck: Es gibt entschieden viel zu wenig Menschen, die Not leiden und zu Boden getreten werden . . .

Es war Nacht, als Bürger in dem Ostseestädtchen ankam. Er ging in das Hotel, in dem er ehemals wohnte — wann mochte das wohl gewesen sein! —, und es erwies sich, daß der Dichter für ihn bereits ein Zimmer bestellt hatte. Lange saß er beim offenen Fenster und starrte ins Dunkle. Wie komisch dies alles ist, dachte Bürger, wie unwirklich, wie gespenstisch. Gestern — oder war es vorgestern? — war ich hier im Hotel und wurde unten verhaftet, vor zwei Tagen saß ich noch im Gefängnis, dann wurde ich hingerichtet — oder träumte mir dies nur so deutlich? —, und nun sitze ich wieder hier in diesem fremden Raum und höre von weither das Rauschen des Meeres. Langsam entkleidete sich Bürger, fiel aufs Bett und schlief und schlief . . .

Als Bürger am nächsten Tag zur Villa des Dichters schritt, war er seltsam bewegt. Der Dichter stürzte, kaum daß ihm der Besuch gemeldet wurde, aus seinem Arbeitszimmer und streckte dem Besucher beide Hände entgegen. „Gott grüße Sie, Bürger", rief er. „Erinnern Sie sich noch, daß ich Ihnen damals sagte, ich wolle Ihnen ein milder Richter sein? Sie haben vielleicht an meinen Worten, vielleicht an mir gezweifelt, aber Sie sehen, daß ich Wort gehalten habe. Ich lasse meine Geschöpfe nicht fallen. Oder sind Sie am Ende gar nicht von mir? O doch! Kommen Sie, Bürger, kommen Sie, Sie müssen ja vieles mitgemacht haben, kommen Sie und ruhen Sie ein wenig vor Ihrer Reise." Bürger betrat des Dichters Arbeitsraum, und mit einem Male fühlte er Flüssiges aufsteigen, das ihn durchschüttelte. Der Dichter hatte sich abgewendet und sah durchs Fenster auf das Meer, das glatt und ruhig dalag.

„Wann geht Ihr Schiff?" fragte er mit leiser Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Kiesner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rote" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsnummernkontrolle wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/V II/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rücksendung der Manuskripte erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.